

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pro Nummer 1.00
Wochenpreis 8.00
Monatspreis 24.00
Jahrespreis 240.00

Vorwärts

Die Interfusions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Adressen
über deren Raum 60 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Beraternungs-Anzeigen 30 Pfg.

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 24. Juni 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Draußen und daheim.

Von Philipp Scheidemann.

Man darf uns deutschen Sozialdemokraten glauben, daß wir es nicht leicht haben!

Kommen wir ins Ausland und hören wir, wie dort von diesen unter Vaterland als Gott schwärzender Reaktion in den tiefsten Höllenpfehl verdammt wird, England, Frankreich und Amerika dagegen als Freiheit- und Lichtbringer der ganzen Welt gefeiert werden, hören wir, wie Wilhelm II. als finsterner kriegswütiger Tyrann, Weismann als sein schmiegsam durchtriebener Werkzeug geschildert wird, so müssen wir halb lachend, halb ärgerlich erklären, daß das alles nicht halb so schlimm ist.

Kommen wir aber dann nach Hause zurück, so sagt man uns: Was ihr da in Stockholm auseinandergesetzt habt, ist sehr richtig. Ihr habt selber eingesehen, daß die Demokratie nur ein Schwindel ist. Preußen-Deutschland mit seinem Dreiklassenwahlrecht, seiner „starken Monarchie“ und mit uns, ihren Stützen — Landräten und Runkern — ist das herrlichste Land auf der Welt. Daß also alles sein, wie es ist, und redet nicht mehr von politischer Neuordnung.

Wir haben draußen in Stockholm der Wahrheit gemäß gesagt, daß wir deutschen Sozialdemokraten unsere Politik treiben, während die deutsche Regierung ihre Politik treibt. Daß wir dabei alles tun, um das ganze deutsche Volk und damit auch seine leitenden Stellen von der Richtigkeit unserer Politik zu überzeugen, ist selbstverständlich. Wir tun das offen im Reichstag und in unserer Presse. Und ebenso klar wie diese Propaganda selbst liegen auch ihre Erfolge und Mißerfolge zutage. Wer die Reichstagsverhandlungen und den „Vorwärts“ liest und wer andererseits die politischen Sandlungen der Regierung kennt, der weiß genau, wo sich diese beiden Linien berühren und wo sie weit auseinandergehen.

Wir haben in der letzten Interpellationsdebatte im Reichstag von der Regierung verlangt, daß sie sich ohne alle Umschweife zu dem allgemeinen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen bekenne. Wir haben von ihr nicht verlangt, daß sie sich für den annexions- und entschädigungslosen Frieden mit Rußland erklären möge. Wir haben sie aufgefordert, von der öffentlichen Reichstagstribüne zu aller Welt zu sprechen. Wir haben sie nicht aufgefordert, andere Wege einzuschlagen, die bei allen Mißtrauischen — und im Auslande gibt es fast nur solche — Verdacht erwecken müssen. Wir haben von der Regierung gewünscht, daß sie einmal eine erschöpfende Erklärung abgeben und dann den Erfolg abwarten solle. Wir haben von ihr nicht gewünscht, daß sie unvollständige Erklärungen nach einer bestimmten Seite hin wiederholen möge!

Die Regierung hat also unsern Rat nicht befolgt. Nachdem sich aber gewisse Enttäuschungen eingestellt haben, sagt man mit drohend erhobenem Finger: „Das kommt davon, wenn die sozialdemokratischen Ratschläge befolgt werden!“ Und man versucht, uns für die Regierungspolitik, die nicht die unsere ist, verantwortlich zu machen. Das lehnen wir dankend ab.

Ich glaube, wir sind alle aus Stockholm mit dem gefestigten Bewußtsein zurückgekehrt, daß wir mit unsern Ratschlägen auf dem richtigen Wege sind. Wir wollten, daß die am 12. Dezember v. J. begonnene Friedenspolitik der Mittelmächte ohne Umweg weiter verfolgt und vervollständigend werde. Da kam, was wir vorausgesagt, was wir vergebens zu vermeiden versucht hatten, der Krieg mit Amerika. Dadurch ist die Siegesversichert der Gegner wieder gewaltig gesteigert, der Krieg verlängert worden. Man stelle sich einmal die europäische Situation vor, wie sie sich hätte entwickeln können: Im Osten ein revolutionäres nach Frieden drängendes Rußland, jenseits des Meeres aber ein, sei es auch nur leidlich, neutrales Amerika! Um wieviel wären wir da dem Frieden näher, welche ungeheuren Mißstände, mit denen das Volk von Stockholm zu kämpfen hat, wären da von vornherein beseitigt!

Wir können, was geschehen ist, nicht ungeschehen machen. Jedoch die Pflicht treibt uns, den Weg zu suchen, der uns aus dem endlosen Völkermord hinausführt. Und da ist mir das, dessen ich mir schon zuvor bewußt war, in Stockholm erst recht zur unerschütterlichen Überzeugung geworden. Es geht nicht ohne eine durchgreifende Demokratisierung Deutschlands!

Es sind nicht die Feinde, es sind die — ach so seltenen — Freunde draußen, die uns immer wieder sagen: Ihr müßt endlich einmal heraus aus Euren innerpolitischen Zuständen! Ihr müßt der Welt zeigen, daß der Unterschied zwischen ihr und Euch nicht so groß ist, wie er scheint, und daß er nicht unüberbrückbar ist. Ihr seid eines der tüchtigsten, der ge-

bildesten Völker der Welt, und Ihr dürft nicht länger Regierungs- und Verfassungsformen ertragen, die dem Kindheitszustande der Völker angepaßt sind. Erst wenn Ihr das überwunden habt, ist der Weg gefunden, den Ihr sucht: der Weg zur Verständigung der Völker.

Daheim aber gibt es wieder Leute, die folgendermaßen zu uns reden: Wenn die Feinde unsere inneren Zustände anschwärzen, so ist das nur eine Kriegslist, um Deutschland zu entnerzen und seiner besten Kraft zu berauben. Zumal jeht reformieren, hieße sich dem Willen der Feinde unterwerfen und sich von ihnen in unsere inneren Verhältnisse dreinreden lassen. Also erstens überhaupt nicht, und zweitens gerade jetzt erst recht nicht!

Die so sprechen, sind dieselben Leute, die im Frieden zuerst gefagt haben, das preußische Wahlrecht könne so bleiben, wie es sei, weil keine Bewegung da sei, die seine Aenderung verlange, und die dann, als diese Bewegung kam, sagten, das Wahlrecht müsse so bleiben, wie es sei, denn jetzt sei eine Bewegung da und von ihr dürfe man sich nichts abringen lassen. Diese Leute hielten freiheitliche Reformen vor dem Kriege für überflüssig, während des Krieges erklärten sie sie für gefährlich, weil sie den inneren Frieden störten, und für die Zeit nach dem Kriege erklärten sie sie jetzt schon wieder für überflüssig, weil dann das Volk ja ganz andere Sorgen haben werde.

Wir aber sagen: Tiefgreifende, weithin sichtbare Reformen unseres inneren Staatslebens sind jetzt nötig, und es ist keine weitere Verschiebung des Termins statthaft, wenn unser Volk nicht den schwersten Schaden leiden soll.

Wir müssen leider — trotz Stockholm — fürchten, daß wir einem vierten Kriegswinter entgegengehen. Ihn, wenn es möglich ist, in Ehren zu vermeiden, ist unsere Pflicht. Ein Mittel dazu — gewiß auch kein unfehlbar sicheres, aber doch immerhin ein erfolgversprechendes — ist die Demokratisierung Deutschlands.

Man entgegnet uns: Die kriegswütigen, eroberungslustigen Feinde werden eure Demokratisierung für Schein und Schwindel erklären und nur noch hitziger nach der Fortsetzung des Krieges rufen. Ja gewiß werden sie das — aber ob sie dann bei ihren eigenen Völkern noch den Resonanzboden finden werden, den sie brauchen, das ist eine ganz andere Frage. Je raider, je eindrucksvoller gehandelt wird, desto größer ist die Aussicht, den Gegnern ihre gefährlichste moralische Waffe zu entreißen, den feindlichen Fanatismus zu dämpfen, die Kriegsbege zu unterbinden.

Wenn aber trotzdem der Krieg weiter geht und uns noch schwereres bevorsteht, wie will man diese ungeheure Belastungsprobe bestehen, wenn die nationale Verteidigung nicht auf freiheitlich-demokratischer Grundlage organisiert und damit das Gefühl ihrer Notwendigkeit noch tiefer im Volksbewußtsein verankert wird? Man glaube auch nicht, daß das Volk für das, was über den Unterschied zwischen deutschen und fremden Verfassungszuständen gefagt wird, kein Gehör und kein Verständnis hat. Die Uebertreibung, die in der Gegenüberstellung: „Die Autokratie, die Demokratie!“ liegt, mag auf alle Narer Schauenden abstoßend wirken, aber ein sehr unbehagliches Gefühl bleibt trotzdem bestehen, und wer wagt zu behaupten, daß es ganz unbegründet ist?

Die Forderung nach der Ausgleichung zwischen deutschen und fremden Verfassungszuständen wird ja nicht nur von den Gegnern als Kriegsformel gebraucht und mißbraucht, sie ist in den Kämpfen zweier Menschenalter von einem immer wachsenden Teil des deutschen Volkes vertreten worden. Bürgerliche wie Proletarier haben je nach Zeitumständen diese Kämpfe geführt und in ihnen reiche Märtyropfer gebracht. Wir Sozialdemokraten haben diese Forderung vertreten, als wir alle noch hofften, die Katastrophe dieses Weltkriegs nie erleben zu müssen; wir haben dann vom ersten Tage des Krieges an erklärt, daß freiheitliche Reformen ein Mittel erfolgreicher Verteidigung und eines beschleunigten Friedensschlusses seien. Erst viel später, als die Gegner merkten, daß Deutschland mit dem von hinten aufgezäumten Gaul der „Reorientierung“ weder vorwärts noch rückwärts konnte, als Rußland seine gewaltige Umwälzung vollbrachte, Amerika in den Krieg eintrat, da erlebten wir das Bedrückende, daß die eigene Forderung des deutschen Volkes von den Gegnern als Kriegsformel wider Deutschland ausgerufen wurde.

Diesem vielleicht geschicktesten politischen Schachzug der Gegner gegenüber gibt es nur einen möglichen Gegenzug: Deutschland, das nach allen Seiten geschützt dasteht und das keine Siegerdiktat unterliegt, muß in einem eigenen Volke geben, was es verlangt! Zu dieser Einsicht sollten sich heute alle politischen weitschauenden Männer und Frauen Deutschlands vereinigen, gleichviel, wie sie sonst in einzelnen Fragen zu denken gewohnt sind. In diesem Punkte muß es heißen: Es gibt keine Parteien mehr, es gibt nur ein Volk, das seine Lebensnotwendigkeit erkannt hat und danach ohne jedwede Rücksicht auf einzelne Personen lediglich um der Sache willen handelt.

Ein solches Volk wird sich die Achtung der ganzen Welt gewinnen. Ein solches Volk wird selbst in Feindesland Freundschaft finden, es wird all seinen Gegnern standhalten, und es wird sich auch den Frieden der äußeren Freiheit eringen: es hat ihn gewiß, wenn es seine innere Freiheit gewonnen hat!

Stockholm.

Huysmans nach Petersburg.

Stockholm, 22. Juni. (Fig. Drahtber. d. „Vorw.“) Das Petersburger Exekutivkomitee ladet Huysmans ein, nach Petersburg zu kommen, zu einer Besprechung über die Konferenzfrage. Dringende Angelegenheiten und der gegenwärtig tagende Kongreß aller Arbeiterräte verhindern die Bildung und die Einzelninstruktion der Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrats nach Stockholm. In der Einladung des Arbeiter- und Soldatenrats ist das Datum so zu verstehen, daß der Konferenzbeginn zwischen dem 11. und 21. Juli unseres Kalenders angelegt wird.

Die Unabhängigen.

Stockholm, 22. Juni. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Soeben trafen Haase, Kautsk, Bernstein, Herzfeld (letzterer für Hoffmann) und Stadthagen ein. Die Verhandlung mit ihnen beginnt noch heute. Sonnabend und Sonntag wird nicht verhandelt, da Mittsommer als Landesfest gefeiert wird. Montag reisen Zwolstra und Albarca zur Vereidigung als Abgeordnete ab. Die Verhandlungen mit den Tschechen, zu denen sich heute Schwarzal gefellte, sind aufgeschoben. Die Anwesenheit von sechszehn Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats wird erwartet.

Wilson's Botschaft an Rußland.

Berichtigter Wortlaut.

Die Botschaft Wilson's an Rußland hat in der Veröffentlichung durch Wolff vom 11. Juni infolge telegraphischer Berichtigungen Unrichtigkeiten enthalten. Aus dem nunmehr berichtigten Text sei nachfolgend das Wichtigste wiedergegeben:

Der Krieg hat begonnen, eine für Deutschland ungünstige Wendung zu nehmen, und in ihrem verzweifeltsten Wünsche, der unvermeidlichen Niederlage zu entgehen, haben die Nachhaber in Deutschland jedes mögliche Mittel angewendet und selbst den Einfluß von Gruppen oder Parteien unter ihren eigenen Untertanen benutzt, gegen die sie niemals gerecht und billig, ja nicht einmal duldsam waren, um eine Werbearbeit auf beiden Seiten des Meeres zu fördern, die ihnen ihren Einfluß daheim und ihre Macht im Auslande, bewahren soll, zum Schaden gerade derjenigen Leute, deren sie sich bedienen.

Wilson beteuert dann weiter die Uneigennützigkeit Amerikas und fährt fort:

Die herrschenden Klassen in Deutschland haben neuerdings begonnen, sich zu ähnlichen hochherzigen und gerechten Absichten zu bekennen, sie tun es aber nur zur Erhaltung der Macht, die sie (die herrschenden Klassen) sich in Deutschland angeeignet haben, sowie zur Wahrung der Vorteile, die sie in selbstsüchtiger und unrechtmäßiger Weise für sich und ihre befürworteten, den ganzen weiten Raum von Berlin bis Bagdad und darüber hinaus umfassenden Reichspläne sich zu verschaffen mußten.

Der bekannte Berlin-Bagdadplan wird sodann als eine gegen die Freiheit der Welt gerichtete Intrige geschildert und dann heißt es weiter:

Natürlich suchen die kaiserlich deutsche Regierung und diejenigen, deren sie sich zu ihrem eigenen Schaden bedient, Unterpfänder dafür zu erlangen, daß der Krieg mit einer Wiederherstellung des status quo ante endigt. Aber gerade der status quo ante, d. h. die Macht der kaiserlich deutschen Regierung innerhalb des Reiches, sowie deren Oberherrschafft und Einfluß außerhalb des Reiches, die weite Gebiete umfaßten — war es, der diesen frevelhaften Krieg entstehen ließ.

Als Kriegsziel bezeichnet Wilson die Leistung notwendiger Wiedergutmachungen, keinen Gebietswechsel, außer zu dem Zweck, der betroffenen Bevölkerung eine gute Möglichkeit zum Leben und zur Freiheit zu sichern und ein gemeinames Abkommen aller freien Völker der Welt. Die Botschaft schließt dann wie bekannt:

Der Tag ist gekommen, zu siegen oder sich zu unterwerfen. Wenn die Kräfte der Autokratie uns trennen können, so werden sie uns überwinden. Wenn wir zusammenhalten, ist der Sieg gewiß und die Freiheit, welche der Sieg sichert, wird. Wir können uns dann großmütig erweisen, aber wir dürfen uns weder dann, noch jetzt schamlos zeigen und eine einzige Bürgerpflicht der Gerechtigkeit und Sicherheit preisgeben.

Herr Wilson darf glauben, daß die „Parteien“, auf die er anspielt, nicht gewillt sind, ihren herrschenden Klassen um ihrer schönen Augen willen Dienste zu leisten. Desto fester sind sie entschlossen, eine kriegerische Niederlage Deutschlands zu verhindern, von der sie für die Welt keine größere Freiheit erwarten, für das deutsche Volk aber die schlimmste Anedtschaft.

Deutschlands Aufteilung.

Ein französisch-russischer Geheimvertrag?

Berlin, 23. Juni. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Der französische Ministerpräsident hat bekanntlich in der Kammer versprochen, „demnächst“ die geheimen Ab-

Machungen mit Rußland zu veröffentlichen. Seitdem sind mehrere Wochen verfloßen, Herr Ribot hat der Öffentlichkeit noch kein Wort über die Geheimverträge mitgeteilt. Dagegen ist durch ein schweizerisches sozialistisches Blatt bekannt geworden, daß er in der letzten Geheim Sitzung der Kammer einige Angaben über ein im Februar zwischen der französischen und der russischen Regierung unter englischer Zustimmung abgeschlossenes Geheimabkommen gemacht hat, Frankreich soll danach erhalten: Elsaß-Lothringen, das Saargebiet, Verfügungsrecht über diejenigen Teile der Rheinprovinz, die es braucht — der Rest der Rheinprovinz soll Pufferstaat werden —, Syrien. — Damit ist von dem Geheimnis, mit dem die Entente ihre Raubgeißte umgeben hat, der Schleier zu einem Teil gehoben. Herr Ribot, der Vertrauensmann des französischen Volkes, hat es noch nicht gewagt, sich öffentlich zu dem enthüllten Programm zu bekennen. Wir warten ab, ob dies demnächst geschehen wird. Wir finden die Kennzeichnung von Amerionsabsichten als Raubgeißten außerordentlich treffend.

Uebergangministerium Seidler.

Die österreichische Krise.

Wien, 23. Juni. Die „Neue Freie Presse“ meldet, daß der jüngst zum Leiter des Ackerbauministeriums bestellte Sektionschef Dr. v. Seidler zum Vorsitzenden des Uebergangministeriums ernannt worden ist, in dem die Sektionschefs der einzelnen Ministerien als deren Leiter amtierend sollen. Seidler ist zum Minister ernannt worden.

Der Deutsche Nationalverband hat den Antrag des Abgeordneten Steinwender einstimmig angenommen, wonach der Verhandlungsstand beauftragt wird, unverzüglich Vorbereitungen zu treffen, um alle deutschen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten zu einem einheitlichen Vorgehen zu vereinigen. Es müsse in der böhmischen Frage, im Verhältnis zu den Polen und in der südslawischen Frage ein Einverständnis erzielt werden. Das Verhältnis der Nationalitäten zum Staate müsse klargestellt und dem deutschen Volke jene Stellung gesichert werden, wie sie das Staatsinteresse verlangt. Ein einträchtiges Zusammenwirken aller Deutschösterreicher in den elementaren politischen Fragen unter Ausschaltung des abscheulich gehässigen Parteikampfes liegt nicht nur im höchsten Interesse der Deutschösterreicher, sondern auch in dem des Staates und der übrigen Nationen, weil sich die Zahl der Parteien verringert und der Gang der Verhandlungen sich vereinfacht, ferner weil die deutschösterreichischen Sozialdemokraten ihren von der Rücksicht auf die Interessen des Proletariats und der nationalen Zweckmäßigkeit bestimmten Einfluß auf die Gesamtheit der deutschösterreichischen Abgeordneten wirken lassen können. Auf der anderen Seite haben die deutschen Sozialdemokraten nicht das geringste Interesse, den längst bankrotten und sich während dieser kritischen Tage in glänzender Ohnmacht offenbarenden Nationalverband zu retten, indem sie seinen tief im Dreck festgefahrener Wagen flott machen helfen.

Angeichts der in der Öffentlichkeit wiederholt verbreiteten Nachricht, daß der Polenklub bei der Gründung des slowisch-parlamentarischen Blocks mitgewirkt habe, behauptet der Vorstand des Polenklubs, daß der Polenklub an seinem grundsätzlichen Beschluß festhält, mit allen Parteien des Abgeordnetenhauses in Fühlung zu treten, um sich wie bisher auch künftighin in jeder Beziehung volle Freiheit des Handelns zu wahren.

Provisorischer Charakter der neuen Regierung.

Wien, 23. Juni. (A. I. Telegr.-Korr.-Bureau.) Nachmittags trat in Anwesenheit des neuen Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler die Obmannkonferenz zusammen. Ueber den Verlauf der Konferenz verlautet: Der Präsident Dr. Groß stellte den neuen Ministerpräsidenten den Parteiführern vor, worauf dieser eine kurze Ansprache hielt, in welcher er betonte, daß die neue Regierung noch einen provisorischen Charakter trage und von einer definitiven Regierung später abgelöst werden solle. Seine Aufgabe sei es, die Erledigung des Budgetprovisoriums, die Verlängerung der Mandatsdauer und die Delegationswahlen durchzuführen. Er bitte um die Unterstützung der Parteien bei seiner schweren Arbeit.

Die Parteiführer nahmen die Erklärung des Ministerpräsidenten zustimmend zur Kenntnis. Man einigte sich sodann dahin, daß Dienstag die zweite und dritte Lesung über das Budgetprovisorium durchgeführt werden solle. Die Abstimmung über die zweite Lesung soll um 5 Uhr erfolgen. Es sind 13 Redner pro und 21 contra vorgemerkt, doch sollen sich die Parteien auf die Abgabe kurzer Erklärungen beschränken. Mittwoch soll die Vorlage über die Mandatsverlängerung erledigt werden.

Eine Verlagerung über den Sommer ist nicht geplant. Während der eintretenden Pausen sollen die Ausschüsse arbeiten.

Die österreichische Kriegsanleihe.

Wien, 23. Juni. Die Zeichnungen auf die sechste österreichische Kriegsanleihe erreichten bisher den Betrag von nominal 1 908 892 000 Kronen. Die endgültigen Schlusssummen können erst später festgestellt werden.

Regierung, Arbeiterrat und Wiborger Viertel

Das Landhaus des Generals Durnowo.

In Petersburg das Kriegsrecht proklamiert.

Petersburg, 23. Juni. Der Volkungsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats und das Bureau der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands haben am 21. Juni einen Aufruf an die Arbeiterschaft des Wiborger Stadtteils von Petersburg gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Seit Beginn der Revolution hatten mehrere Leute, die sich kommunistische Anarchisten nennen, das Landhaus des Generals Durnowo im Wiborger Viertel besetzt. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat schon damals erklärt, daß es nicht zulässig sei, in Privathäuser ohne Einwilligung der Wähler einzudringen. Jetzt bringt die vorläufige Regierung darauf, daß das Haus sofort geräumt wird. Dies verlangen hat die Arbeiterschaft in Aufregung versetzt und zahlreiche Arbeiter haben erklärt, daß sie das Haus mit Waffengewalt verteidigen würden. Außerdem ist in vielen Werkstätten des Wiborger Viertels der Ausstand erklärt worden. Nach Prüfung der Lage ist beschlossen worden, die Petersburger Bevölkerung wissen zu lassen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat jedes Eindringen in private oder öffentliche Räume verbietet und solche Leute als gegen die Sache der russischen Revolution gerichtet ansieht. Die Arbeiterschaft im Wiborger Viertel wird aufgefordert, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen, da jeder Ausstand nur der Gegenrevolution zugute kommt. Als ganz unerträglich und äußerst gefährlich für die Sache der Revolution wird die Verankertung von bewaffneten Kundgebungen ohne direkten Befehl des Arbeiter- und Soldatenrats angesehen.

Französische Stellung bei Filain erstürmt. Gefechte bei Baugailon.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 23. Juni 1917. (W. I. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der flandrischen Front und im Artois beeinträchtigte bis in die Nachmittagsstunden Regen die Kampftätigkeit der Artillerie. Sie war dann lebhaft nahe der Küste, von Bischofs bis Armentières und zwischen Loos und Bullecourt.

Wie in der Nacht zu gestern wurden auch heute vor Hellwerden an mehreren Stellen englische Erkundungsabteilungen zurückgeworfen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Gestern früh nahmen nach kurzem, kräftigen Wirkungseffekt von Artillerie und Minenwerfern Abteilungen niederländischer Regimenter am Chemin-des-Dames einen Teil der französischen Stellung südöstlich von Filain im Sturm und hielten die in etwa 1 1/2 Kilometer Breite und 500 Meter Tiefe gewonnenen Gräben gegen drei heftige Gegenstöße. Der Feind erlitt schwere Verluste, da auch die flüchtende Grabenbesatzung von unseren Abriegelungseffekten gefaßt wurde. 300 Gefangene konnten zurückgeführt werden.

Die Franzosen griffen morgens westlich des Cornillet, abends bei Baugailon an, ohne einen Vorteil zu erzielen.

Defilich von Craonne und auf beiden Maas-Ufern brachten uns Erkundungsstöße Gefangene ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Längs der Front nur die übliche Geschicklichkeit. Französische Aufklärungstrupps sind nördlich von St. Mihiel und östlich der Mosel abgewiesen worden.

Das Reutersche Bureau berichtet aus Petersburg vom 21. d. M. nach folgende Einzelheiten über die Besetzung des Hauses des Generals Durnowo:

Der Justizminister ordnete die Räumung des Hauses an. Die Anarchisten beriefen darauf eine Versammlung ein, die von Vertretern der sechs großen Fabriken, die sich in der Nachbarschaft befinden, besucht wurde. Diese erklärten, daß sie die Anarchisten gegen jede Gewalt der Regierung beschützen würden. Zu Mittag war das Haus von Tausenden von Menschen, die zum Teil bewaffnet waren, umringt. Mehrere Redner erklärten, daß blutige Zusammenstöße unvermeidlich sein würden, wenn Gewalt angewendet würde. Abgeordnete etc. aus Kronstadt sagten, daß im Notfall bewaffnete Matrosen in Petersburg erscheinen würden, um die Anarchisten zu verteidigen. Um 2 Uhr erschien ein Abgesandter der Regierung, der ohne Erfolg mit den Anarchisten unterhandelte.

Die vorläufige Regierung hat, nach Meldung Reuters, angeordnet, daß das Haus zu einer bestimmten Stunde geräumt sein müsse. Wenn das nicht geschehe, werde die Räumung mit den Waffen erzwungen werden.

Basel, 23. Juni. Die „Agence Havas“ meldet aus Petersburg vom 22. Juni, daß dort das Kriegsrecht proklamiert worden ist.

Die Neuordnung der finnischen Selbstregierung.

Aus führenden Kreisen der in Finnland maßgebenden und die parlamentarische Mehrheit besitzenden sozialdemokratischen Kreise wird uns folgende Darstellung übermittelt:

Die im Jahre 1809 geschaffene autonome Verfassung Finnlands legte bekanntlich die Personalunion mit Rußland fest, dessen Jar zugleich der Großfürst von Finnland war. Die Begründung des Jarentums durch die russische Revolution hat die Frage aufgeworfen, auf wen nun die oberste Gewalt in Finnland übergehen sollte. Von finnischer Seite wurde bestritten, daß die monarchischen Rechte automatisch auf die provisorische russische Regierung übergegangen seien, zumal die Finnen immer eine Zuständigkeit des russischen Ministerrats bestritten hatten, seit der Großfürst verpflichtet war, Finnland mit Hilfe finnischer Männer zu regieren.

Schon im März hatte die provisorische Regierung die vom Zarismus widerrechtlich vorgenommenen Einschränkungen der Autonomie Finnlands — insbesondere den Stolypinschen Staatsstreich von 1910 — aufgehoben; es wurde auch eine parlamentarische Regierung für Finnland ernannt und der Landtag einberufen. Dem Verlangen des Landes nach gesetzlicher Festlegung der Neuordnung entsprechend, arbeitete der Senat einen einstweiligen Gesetzentwurf aus, wonach die Befugnisse des Großfürsten auf den finnischen Senat übergehen sollen, jedoch mit einem Einspruchsrecht des von der russischen Regierung zu ernennenden Generalgouverneurs in solchen Fragen, die das Rechtsverhältnis zwischen Finnland und Rußland oder russische Einrichtungen in Finnland betreffen. Auch sollte der Generalgouverneur die finnische Regierung ernennen, und zwar aus solchen Finnländern, welche das Vertrauen des Landtags genießen.

Da nun in Finnland verschiedene Fragen eine alsbaldige gesetzliche Regelung verlangen, wollte man den eben erwähnten Gesetzentwurf möglichst schnell Gesetz werden lassen, schon um nicht ein Präjudiz dafür zu schaffen, daß eine russische Regierung finnische Gesetze bestände. Aber die Regierung der Kadetten Gutschloff und Wjulukoff wollte diese Regelung nicht gutheißen, obwohl sie sie nicht verwerfen durfte. So ging kostbare Zeit verloren. Ungebuldig erwarteten die Finnen diese erste Erfüllung der Versprechungen und saunten bald darüber, was die neuen russischen Regenten unter „Freiheit“ und „Demokratie“ verstanden.

Erst im Juni, nach den kräftigsten Vorstellungen von finnischer Seite, konnte die umgestaltete provisorische Regierung sich entschließen, diesen Gesetzentwurf dem Landtage vorzulegen, aber nicht in der ursprünglichen Form. Das Vetorecht des Generalgouverneurs sollte erweitert werden, so daß es alle Fragen, welche die Interessen Rußlands betreffen, umfasse. Und sich selbst behielt die provisorische Regierung das Recht vor, den finnischen Landtag zusammenzurufen und aufzulösen (natürlich gemäß den Konstitutionen Finnlands, welche jährliche Landtage bedingt).

Als der Vorsitzende des finnischen Senats, Genosse O. Toivo, die erste Lesung des Gesetzes eröffnete, beschrieb er alle die Schwierigkeiten, die die finnische Regierung, auch nur soviel zu erreichen, gehabt hätte. Er berichtete auch, man habe in Petrograd der provisorischen Regierung klargemacht, daß es sich zunächst nur um eine provisorische Regelung handle, daß aber Finnlands Volk staatliche Unabhängigkeit erstrebe.

Jetzt kommt es also darauf an, ob der finnische Landtag die provisorische Regelung in dieser Form annimmt. Von außerordentlicher Wichtigkeit ist es für die Finnen, eine innere Selbstständigkeit schon jetzt zu bekommen. Aber viel wichtiger ist die Diskussion gewesen, welche man in der Presse Finnlands und Ruß-

land geführt hat über die Selbstständigkeitsbestrebungen des finnischen Volkes. Der gehässige Widerstand, welchen die russischen Imperialisten der Freiheitsforderung Finnlands entgegensetzten, beweist, was diese Politiker unter „Völkerrfreiheit“ verstehen. Auch haben einige russische demokratische Gruppen die finnischen Pläne als Verleumdung der Demokratie Rußlands erklärt, und es hat viel Mühe gekostet, ihnen klarzumachen, daß Finnland, welches der Demokratie Rußlands Vertrauen entgegenbringt, doch gegen sich selbst verpflichtet ist, sich gegen eine eventuelle Reaktion in Rußland zu schützen.

Für die ökonomische und kulturelle Entwicklung Finnlands ist es von der größten Wichtigkeit, daß das Land niemals wieder zum Spielzeug der Schwankungen in der russischen Politik werde.

Kopenhagen, 23. Juni. Nach einem Telegramm aus Helsingfors nahm der Kongreß der finnischen Sozialdemokratie eine Entschlieung an, welche die Trennung Finnlands von Rußland sowie die Erklärung einer unabhängigen finnischen Republik fordert.

Seit dem 15. 6. sind in Luftkämpfen 23, durch Abwehrfeuer 5 feindliche Flugzeuge, außerdem 4 Fesselballone der Gegner abgeschossen worden.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Erhöhte Feuerstätigkeit herrschte gestern besonders zwischen der Bahn Lemberg—Tarnopol und dem Dnjestr.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Gebirgsfront und in Böhmen lebte das feindliche Artilleriefeuer vorübergehend auf. Die anhaltende Beschichtung des Raumes südlich Brzezan wurde von unseren Batterien kräftig erwidert.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz. Geringe Geschicklichkeit.

Der Chef des Generalstabes.

Einspruch Rußlands gegen Griechenlands Vergewaltigung?

Stockholm, 23. Juni. „Stockholms Tidningen“ erfährt über Gagaranda, die allgemeine Soldaten- und Arbeiterkonferenz in Petersburg habe die Meinung ausgesprochen, es sei unbegründlich, wie die vorläufige Regierung an der Gewalttat gegen Griechenland habe teilnehmen können. Derauf habe Tseretelli erklärt, Rußland habe durch seinen Minister des Außereren gegen diese Gewalttat Einspruch erhoben, durch die Griechenlands Verfassung und sein Recht, über sich selbst zu bestimmen, verletzt worden sei. Der Einspruch solle demnächst veröffentlicht werden.

Rußland besteuert die Zahlungsfähigen.

Kopenhagen, 23. Juni. „Njtsch“ meldet, daß die Stadt Petersburg vor dem finanziellen Zusammenbrüche stehe. Der russische Finanzminister teilte in einer Versammlung von Finanzleuten mit, daß eine Erhöhung der Staatseinnahmen durch neue Steuern bevorstehe. Voraussichtlich werde eine sehr schmerzliche Erhöhung der Einkommensteuer eintreten. Der Steuerfuß für Einkommen von 40 000 Rubel, der jetzt 12 Proz. beträgt, soll auf 30 Proz. erhöht werden. Die Steuer auf Kriegsgewinne soll künftig bis auf 80 Proz. erhöht werden.

Der verbotene ukrainische Kongreß tagt.

Stockholm, 23. Juni. Laut Stockholms „Dagblad“ hat der von der Regierung verbotene ukrainische Militärkongreß, zu dem sich 2000 Teilnehmer einfinden, begonnen. In Gegenwart eines ukrainischen Regiments behandelte der Kongreß die Frage der unmittelbaren Verwirklichung der Selbstverwaltung der Ukraine. Der Oberbefehlshaber der Truppen der Südwestfront befahl dem ukrainischen Regiment, sofort an die Front abzugehen.

Auch die Litauer haben, wie das Blatt meldet, ihre Unabhängigkeit beschlossen.

Keine dänische Regierungskrise.

Kopenhagen, 22. Juni. (Meldung des litauischen Bureaus.) Gemäß der vom Ministerpräsidenten gegebenen Darstellung der politischen Lage wünschte der König nicht, das Abschiedsgesuch des Ministers Rottböll zu bewilligen. Rottböll bleibt daher im Amte.

Kampf bei Filain.

Berlin, 23. Juni. (W. I. S.) An der Wisnefront bröckeln die ohnehin ringen Geländegewinne der Franzosen aus der großen Frühjahrsoffenstöße langsam ab. Der neuerliche Vorstoß bei Filain hat die Franzosen wiederum um ein Stück von den Nordhängen des Chemin-des-Dames-Rückens zurückgeworfen. Damit schwindet immer mehr die Hoffnung der Franzosen, jemals den Ailette-Grund zu überschreiten, der am 16. April bereits von der ersten Angriffswelle erreicht werden sollte. Durch das ununterbrochene Feuer der hin- und hergehenden Kämpfe ist hier auf dem ganzen Verhang der Boden aufgerissen und zertrommelt. Was von den Gräben und Verteidigungsanlagen noch stand, legte das verheerende Feuer der deutschen Batterien und Minenwerfer hinweg. Vor den unwiderstehlich anrückenden deutschen Sturmwellen flüchtete die Grabenbesatzung. Allein auf dem offenen Hang softe sie das deutsche Kieglfeuer. Wie eine schwarze Wand standen die Rauchfahnen der Granaten auf dem Verhang. Nur wenige Lomen unterkündet hindurch. Der größte Teil der französischen Besatzung blieb in den Gräben und Trichtern. Der Rest, 308 Mann, wurde gefangen. Drei sofortige wütende Gegenstöße der Franzosen erhöhten nur ihre schweren Verluste.

Feindliche Heeresberichte.

Fränkischer Bericht vom 22. Juni nachmittags. Südlich von La Fère machten wir einen Einbruch in die deutschen Linien in der Gegend von Beaumont und brachten Gefangene zurück. Es folgte ein Artilleriekampf östlich von Saurillon, der sich im Laufe der Nacht in der Gegend südlich von Filaire und nördlich von Fraucen-Laonnais ausbreitete, wo er außergewöhnliche Heftigkeit annahm. In der Champagne griffen die Deutschen etwa um 9 Uhr abends nach starker Artillerievorbereitung unsere Graben am Ramm des Teton-Berges und östlich davon auf einer Front von 400 Meter Breite an. Es gelang ihnen anfangs, in unsere vorgeschobenen Werke einzudringen, sie wurden jedoch nach heftigem Kampf wieder hinausgeworfen und die französischen Linien ohne Einbuße wieder hergestellt.

Vom 22. Juni abends. Am Chemin-des-Tames wurde die Befestigung unserer Stellungen südlich von Filaire und in der Gegend Brahe-en-Laonnais bis zum Morgen fortgesetzt; es folgte ihr eine Reihe sehr heftiger Angriffe in Frontbreite von mehr als zwei Kilometern. Von westlich der Ferme Kohere bis zur Spitze von Theorigny haben die Deutschen bedeutende aus Sonderwaffen zusammengesetzte Kräfte vorgeworfen, die mit großer Entschlossenheit angegriffen haben trotz der schweren Verluste, die ihnen unser Feuer beibrachte. Auf dem größeren Teil der Angriffsfrenten haben wir unsere Stellungen behauptet, abgesehen vom Zentrum, wo der Feind nach mehreren Versuchen in einen Vorsprung unserer Linie hat eindringen können.

Auf dem übrigen Teil der Front Befestigung mit Unterbrechungen.

Das Ergebnis der Frühjahrsoffensiven.

Wenn auch die Sommer-Offensiven an neuen Frontabschnitten schon begonnen haben, scheint es dem „New Statesman“ vom 9. Juni doch angezeigt, die Frühjahrsoffensiven noch einmal zusammenfassend zu betrachten. Er führt dazu folgendes aus:

Der strategische Charakter der englisch-französischen April-Offensive war der einer tiefenhaften Jangensbewegung, welche den ganzen deutschen Vorsprung, der sich auf Douai, Cambrai, St. Quentin und Laon stützt, abreißen sollte. Dieses Ziel schloß ein beträchtliches Maß von „Durchbruch“ in sich und ist, natürlich, nicht erreicht. Erwartete man denn, es zu erreichen? Eine gute Strategie setzt sich immer eine abgestufte Reihe von Zielen, deren entferntere zu erreichen nur geringe Aussicht besteht, während diese Ziele doch wertvoll sind, teils, weil sie eine Bedrohung für den Feind bedeuten, teils, weil sie die Sicherheit geben, daß irgendein unerwarteter Grad des Sieges voll ausgenutzt werden wird. War das Aneisjangensziel von dieser entfernteren Art oder wurde von den April-Angriffen erwartet, daß sie es unmittelbar erreichten, wie zum Beispiel die Aneisjangens-Offensiven Madensens und Falkenhagens letzten Herbst in Rumänien? Diese Frage ist schwer zu beantworten, weil zweifellos an verschiedenen Stellen Erwartungen verschiedener Grade gehegt wurden. Am hoffnungsvollsten von Leuten an hoher Stelle scheint General Rivelle gewesen zu sein. Die Deutschen führen, angeblich auf Grund erbeuteter Urkunden, eine eindrucksvolle Anzahl von Einzelheiten an, die Rivelles Absicht und Erwartung, durchzubrechen, nachweisen, darunter die Organisation einer großen und besonderen „Armée de Bourguille“, die durch die Durchbruchstelle strömen sollte. Die Deutschen mögen damit recht oder unrecht haben — daß aber General Rivelle seiner Regierung Hoffnungen machte, die er nicht erfüllte, muß aus seiner Entbehrung vom Oberkommando geschlossen werden. Und doch würde es möglich sein, dies damit zu erklären, daß er am 16. April auch unmittelbare Ziele nicht erreichte.

Wenn wir uns auf die letzteren beschränken, so können wir die April- und Mai-Ergebnisse etwa folgendermaßen zusammenfassen: Der englische Angriff vom 9. April brachte vollen Erfolg, der französische vom 16. April war größtenteils ein Mißerfolg — wenige Ziele wurden erreicht, und die Verluste waren gewaltig.

Der Krieg auf den Meeren.

Wiederrum 89177 Tonnen versenkt.

Berlin, 22. Juni. 1. Durch die Tätigkeit unserer U-Boote sind neuerdings in den nördlichen Sperrgebieten 21 000 Br.-Reg.-Tn. versenkt worden. Unter den vernichteten Schiffen befinden sich u. a. der englische bewaffnete Dampfer *Cuidwen* (3594 Br.-Reg.-Tn.), ein großer bewaffneter unbekannter englischer Dampfer und der italienische Schoner *Luisa*. Von den anderen versenkten Schiffen hatte eines 2000 Tonnen Getreide, zwei weitere Holz geladen. Die Ladung der übrigen Schiffe konnte nicht festgestellt werden.

2. Im Mittelmeer wurden von unseren U-Booten neuerdings wieder Dampfer und Segelschiffe mit insgesamt 40 177 Br.-Reg.-Tn. versenkt. Unter diesen befanden sich der englische Truppentransporter *Cameronian* (5861 Br.-Reg.-Tn.), der französische Truppentransporter *Yarra* (4163 Br.-Reg.-Tn.), die bewaffneten englischen Dampfer *Islandmore* (3046 Br.-Reg.-Tn.) mit 4500 Tonnen Kohlen und *Benha* (1878 Br.-Reg.-Tn.) mit 1700 Tonnen Johannisbrot, ferner zwei unbekannte bewaffnete englische Dampfer von je 5000 Br.-Reg.-Tn. Mit den Schiffen wurden Ladungen vernichtet, die in erster Linie aus Kohlen, Getreide, Öl, Wein und Phosphat bestanden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 23. Juni. Amtlich. Neue U-Boots-Erfolge im Atlantischen Ozean! 28 000 Br.-Reg.-Tn. Unter den versenkten Dampfern befanden sich ein englischer Hilfskreuzer, der am 14. Juni frühmorgens vernichtet wurde, ein großer englischer bewaffneter Dampfer und ein unbekannter englischer Frachtdampfer von etwa 4500 Tonnen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die norwegischen Schiffsverluste.

Kopenhagen, 22. Juni. „Rationalitidsende“ meldet aus Kristiania: Der Vorsitzende des Norwegischen Neederbundes teilte in der Generalversammlung des Verbandes mit, daß die norwegische Handelsflotte bis heute während des Krieges 585 Schiffe mit zusammen 818 988 Tonnen verloren habe. Bei Kriegsausbruch betrug die Tonnage der Schiffe über 100 Tonnen 2 400 000 Tonnen, somit ist ungefähr ein Drittel verloren gegangen. Die Ergänzungen der Handelsflotte während des Krieges durch Neubauten oder durch Kauf belaufen sich auf 918 000 Tonnen. Da der natürliche Abgang der Schiffe im gleichen Zeitraum einschließlich der Schiffsverluste ins Ausland 702 000 Tonnen beträgt, ist die norwegische Handelsflotte somit heute ungefähr um 600 000 Tonnen geringer als im August 1914.

Kleine Kriegsnachrichten.

Kriegsschäden in Polen. Wie auf der Tagung der polnischen Bauunternehmer in Warschau festgestellt wurde, beträgt der Schaden, den der Krieg in Polen angehörten städtischen und landwirts-

chaftlichen Gebäuden angerichtet hat, ungefähr eine Milliarde Rubel, an Industriegebäuden etwa eine halbe Milliarde Rubel. Bisher liegen 200 000 Schadensabschätzungen vor.

Ausdehnung der englischen Front. „Allgemeines Handelsblatt“ berichtet aus London, daß englische Truppen den bisher von französischen und belgischen Truppen besetzten Abschnitt der Westfront nördlich von Ypern übernommen haben.

Die Bewegung der Iren. „Times“ berichtet aus Dublin, daß den auf freien Fuß gesetzten Rebellen bei ihrer Heimkehr große Hindernisse bereitet wurden, bei denen revolutionäre Fahnen und Abzeichen eine große Rolle spielten. In den letzten Wochen seien in Irland 70 Sinnfein-Klubs gegründet worden, die angeblich den Ortsverbänden der United Irish League entgegenarbeiten sollen.

Rosafen für Offensiv. Petersburg, 23. Juni. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Auf dem allgemeinen Kongreß der Vertreter der Rosafentruppen sprachen sich die Vertreter der sibirischen und der Don-Rosafen gegen einen Sonderfrieden und für die Notwendigkeit einer Offensive in vollkommener Uebereinstimmung mit den Alliierten aus.

Der englische Arbeiterparteier Thomas hat nach der „Times“ die Ernennung zum Arbeitsminister abgelehnt.

Erhöhte Soldkredite in Spanien. Havas meldet aus Madrid: Der Ministerrat hat dem Vorschlag des Kriegsministers, die Kredite für den Sold aller Grade der Armee zu erhöhen, zugestimmt.

Australien auf dem Wege zur Wehrpflicht. „Times“ meldet aus Sydney, das Bundesparlament habe beschlossen, einen letzten Versuch zu machen, Rekruten im Wege der Anwerbung zu erhalten. Es sei höchst unwahrscheinlich, daß man damit Erfolg haben werde. Die öffentliche Meinung verhalte sich allmählich weniger abweisend gegen die Dienstpflicht mit Ausnahm. Der letzte Schlag steht also bevor.

Die feindlichen Ausländer in den Vereinigten Staaten. Die „Progressive“ aus New York meldet, befinden sich amtlichen Zählungen zufolge in den Vereinigten Staaten 4 662 000 feindliche Staatsangehörige.

Politische Uebersicht.

Der neue Wirtschaftsplan für 1917.

Die amtlichen Stellen haben jetzt die ersten Mitteilungen über den aufgestellten Wirtschaftsplan für das neue Erntejahr veröffentlicht, aus denen man entnehmen kann, daß die ernstliche Pflicht besteht, eine gleichmäßigere Verteilung der Lebensmittel als in den vorhergehenden Jahren durchzuführen. Es ist nur bedauerlich, daß es erst dreier Jahre kriegswirtschaftlicher Erfahrung bedurft hat, um eine solche Verteilung anzustreben und den Widerstand der gegen sie sturmlaufenden Interessentengruppen zu beseitigen. Die großstädtische Bevölkerung hat in dieser langen Zeit schwer unter dieser planlosen Ernährungsvorsorge leiden müssen und hat mit geradezu heroischer Ruhe ihr Schicksal getragen.

Von sozialdemokratischer Seite ist rechtzeitig davor gewarnt worden, solche Zustände überhaupt erst aufkommen zu lassen. Schon am 13. August 1914 hatten Parteivorstand und Generalkommission den Reichskanzler ersucht, die Ernährung des Volkes sicherzustellen. Ihre Vorschläge waren noch viel weitgehender wie die vorliegenden. Sie beschränkten sich nicht darauf, die Verteilung zu regeln, sondern sie gingen davon aus, daß zunächst auch nach bestimmten Grundstoffen produziert werden müsse. Sie wollten planmäßige Wirtschaft treiben und verlangten, daß die Landwirte zu bestimmten Arten der Produktion verpflichtet und daß diese Produkte dann im Interesse der Gesamtheit auch gleichmäßig verteilt würden.

Auch die neuen Vorschläge der Regierung können nicht den Anspruch erheben, planmäßige Ernährungsversorgung durchzuführen, denn die ist nur möglich durch Eingriffe in die Produktionsgewalt des Landwirtes. Aber davor schreit die Regierung zurück und überläßt es daher auch ferner noch dem Landwirt, in welchem Maße er Brotpflanz, Kartoffeln oder die „vielgerühmten“ Kohlrüben anbauen will.

Trotzdem ist der neue Wirtschaftsplan immerhin ein Schritt zur Besserung. Die Beschlagnahme der Körnerfrüchte wird wenigstens die Verfütterung an das Vieh in übergroßen Mengen und den schwunghaften Schleich- und Saatguthandel verhindern. Hoffentlich wird auch die Kartoffelpolitik in andere Bahnen gelenkt. Auch für die übrigen landwirtschaftlichen Produkte wird die eingeführte Wirtschaftsfarte, die sich bisher schon in einigen Teilen Süddeutschlands mit Erfolg bewährt hat, eine schärfere Kontrolle und damit bessere Erfassung der Ernteergebnisse ermöglichen.

Die Erfassung der Vorräte und damit das Gelingen des neuen Wirtschaftsplanes hängt jedoch davon ab, mit welcher Energie die unteren Organe der Exekutivgewalt des Staates — in diesem Falle die Landräte mit ihren Kreiswirtschaftsämtern — an diese Aufgabe herantreten. Bisher haben wir von dieser Energie nicht allzuviel verspürt und verschiedene von den landwirtschaftlichen Vertrauensleuten haben deshalb über die Klänge springen müssen. Versagen auch im neuen Jahr die Landwirte wieder, so werden wir mit Behmut daran denken, wieder eine neue Verordnung bekommen zu haben, die sich sehr schön auf dem Papier ausmacht, aber der Bevölkerung nichts nützt. Hoffen wir bis auf weiteres, daß die oberen Verwaltungsbehörden rücksichtslos gegen widerstrebende untere Organe vorgehen und daß damit wenigstens einige der größten Unzuträglichkeiten gemindert werden!

Die Bestimmungen des neuen Wirtschaftsplans geben wir in der Beilage wieder.

Reichstagsauflösung im August 1914.

In der „Kreuz-Zeitung“ bestreitet der Landtagsabgeordnete Walter Graf dem Herrenhausbibliothekar Thimme, Verfasser des bekannten offenen Briefes an den konservativen Führer v. Heydebrand, seine konservative Auffassung und illustriert gleichzeitig die Gedanken und Ueberzeugungen eines konservativen Normalmenschen, wie er im Buche steht. Er klagt Bethmann Hollweg elender Schlappheit an, weil er im August 1914 — nicht den geschlossenen für die Landesverteidigung stimmenden Reichstag auseinanderjagte, um nach berühmtem Rezept Hurravahlen zu machen. Der Wadere läßt sich also aus:

Und so wird diese ganze Episode unserer inneren Politik schließlich mit einem großen Mißerfolg enden, weil man versucht hat, die sozialdemokratische Partei zur Staatsstreue zu bekehren, statt die sozialdemokratischen Arbeiter ins nationale Lager hinüberzuführen. Dazu hätte es nur einer Auflösung des Reichstags im August 1914 bedurft, sie wäre innerlich berechtigt gewesen, da dieser Reichstag ja unter ganz anderen Voraussetzungen gewählt worden ist, als um die wahre Volkswirtschaft gegenüber dem entseffelten Weltkriege auszubilden. Die Anerkennung der Verwilligung der Kriegskredite durch den Reichstag hätte dabei gewiß lobend hervorgehoben werden müssen. Aber es hätte nicht ängstlich verschwiegen zu werden brauchen, daß hier so manche, die damals ihr Damaskus erlebten, die Zustimmung zu den Kriegskrediten das Ergebnis der Einsicht gewesen ist, dem völkischen Sturmbräusen des August Rechnung

tragen zu müssen, weil ihnen sonst die Anhänger in Scharen aus der Partei herausgelassen wären.“

Wahrscheinlich eine originelle Idee, im Weltkrieg vor allem den Wahltag und die Düpierungschance zu sehen. Aber vielleicht geduldet sich dieser enthusiastische Verehrer Bismarckscher Nummelwahlen noch ein kleines Weichen! Er wird dann das Urteil des deutschen Volkes über den Weltkrieg hören, und dieses Urteil nach ausgestandenen Not wird schwerer wiegen als der flüchtige Rausch einer Stunde.

Der württembergische Ministerpräsident gegen den „Scheidemann-Frieden“.

In der Generaldebatte der Zweiten Kammer zum Etat am Sonnabend sagte der württembergische Ministerpräsident:

Was die Frage der Vereinfachung der Verwaltung anlangt, so könne sie ebensowenig wie die Neuorientierung im Sturm verhandelt werden. Eine Lösung sei erst möglich, wenn in Deutschland wieder Neuwahlen stattgefunden haben. Die württembergische Regierung habe die kaiserliche Osterbotschaft mit Interesse und Befriedigung aufgenommen. Er würde es auch für falsch halten, wenn die Verbündeten Regierungen jetzt einen Generalsprolet gegen das Vorgehen im Reichstage erheben. Die Politik des Reichskanzlers sei von der württembergischen Regierung während des Krieges mit vollständiger Ueberzeugung unterstützt worden.

Eine Unterhaltung über die Kriegsziele sei nicht besonders nützlich, ja gefährlich. Die Feinde wüthten, daß Deutschland nach glänzender Abwehr der feindlichen Angriffe zu einem maßvollen Frieden bereit sei, brutaler aber könne man Eroberungsziele nicht aussprechen, als dies durch die Feinde geschehe. Unter solchen Umständen habe ein Scheidemannscher Frieden keine Bedeutung; solchen Kriegszielen würden unsere Soldaten eine noch kräftigere Verteidigung entgegensehen. Die Kämpfenden an der Front seien dauernd von denkbar bestem Geiste erfüllt. Hieraus ergab sich die Hoffnung, daß eine Umkehr in der Gesinnung der Feinde bald kommen würde.

Der Herr Ministerpräsident wird wohl noch erluchtet werden, sich darüber auszusprechen, inwiefern sich ein „maßvoller Frieden“ von einem „Scheidemannsfrieden“ unterscheidet.

Bismarck und Heydebrand.

Ueber dieses Thema stellt Dr. Friedrich Thimme in den „Grenzboten“ weiter Betrachtungen an, die dem Führer der Konservativen wenig Gefallen werden. Thimme meint, es gäbe keinen Mann in Deutschland, über den Bismarck, wenn er noch lebte, ein so hartes unerbittliches Urteil fällen würde, wie über Heydebrand. Dann schreibt er weiter:

Können Sie glauben, daß er (Bismarck) auch nur einen Augenblick Anstand nehmen würde, die Art an das preussische Reichstagswahlrecht zu legen und es etwa selbst durch das Reichstagswahlrecht zu erheben? Wenn Sie das glauben zu können behaupten sollten, so haben Sie, was allerdings nach Ihrer Herforder Rede nicht mehr verwunderlich wäre, seines, Bismarcks, gewaltigen Geistes, der auch vor revolutionären Möglichkeiten nicht zurückredete, nie den leisesten Hauch verspürt. Sie wissen natürlich ganz genau, Herr v. Heydebrand, wie unendlich hart und abfällig Bismarck auch in seinen konservativsten Tagen über das preussische Klassenwahlrecht, insbesondere über das Zensusystem geurteilt hat. Sie kennen seinen Ausdruck aus dem Jahre 1868, daß noch niemand versucht habe, dies theoretisch und praktisch im Grunde unhaltbare System als ein konservatives Wahlrecht hinzustellen und zu verteidigen. Erst Ihnen, ausgerechnet Ihnen, sollte das, was Bismarck nie für möglich gehalten hätte, vorbehalten sein.

Thimme, der sich selbst zu den Konservativen zählt, zitiert schließlich einen Brief eines einfachen Landsturmmannes, in dem es über Heydebrand heißt: „Dieser Mann zerstört mehr an onständiger Besinnung, als er verantworten kann, und es ist hohe Zeit, daß er sich sein eigenes politisches Grab schaufelt.“

Landtagswahl. Bei der Landtagswahl im Wahlkreis Grafschaft Schaumburg wurde an Stelle des verstorbenen Landrats von Dittus die von den Konservativen aufgestellte Oberamtmann Trabirans-Wahrenholz mit 99 von 101 abgegebenen Stimmen gewählt.

Letzte Nachrichten.

Die Südslawen gegen das Uebergangministerium.

Wien, 23. Juni. (A. A. Telegr.-Korresp.-Bureau.) In parlamentarischen Kreisen verlautet folgende Ministerliste: Der bisherige Leiter des Ackerbauministeriums, Seidler, übernimmt das Ministerpräsidentium und das Ackerbauministerium, der Statthalter von Tirol, Graf Toggenburg, das Ministerium des Innern. Zu Leitern der betreffenden Ministerien werden ernannt: Sektionschef Emilinski — Unterrichts, Schauer — Justiz, Nimmer — Finanzen, Mataja — Handel, Roman — öffentliche Arbeiten, Banhans — Eisenbahnen. Das Landesverteidigungsministerium übernimmt Feldmarschallleutnant Czapp, der Minister für Volksernährung, Höfer, behält seinen Posten. Der südslawische Klub hielt heute eine Sitzung ab, in der die gegenwärtige Lage eingehend besprochen und einhellig der Ueberzeugung Ausdruck gegeben wurde, daß ein Beamtenkabinett der gegenwärtigen Lage nicht entsprechen würde.

Budapester Wirtschaftskonferenz.

Budapest, 23. Juni. Die Mitglieder der Vorstände der deutschen, österreichischen und ungarischen wirtschaftlichen Verbände hielten vormittags eine Vorkonferenz ab. Nach längerer Erörterung wurde ein Entwurf eines zu unterbreitenden Beschlusses betreffend eines gemeinsamen Vorgehens in Fragen der Uebergangswirtschaft festgestellt.

Matrosen gegen Admirale.

Sebastopol, 21. Juni. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) In den letzten Tagen fanden stürmisch verlaufene Versammlungen von Matrosen statt, in denen die Redner ihr Mißtrauen gegenüber gewissen Offizieren äußerten, die einer Rückkehr des alten Regimes günstig gesinnt seien. Vier Offiziere wurden verhaftet. Die Versammlung der Vertreter der Garnison beschloß die Entlassung des Admirals Koltischal, des Oberbefehlshabers der Schwarzmeerflotte, zu fordern. Dieser ist von der Regierung aufgefordert worden, sofort nach Petersburg zu kommen, um Erklärungen über die Ereignisse abzugeben. Nach den Meldungen der Blätter wurde Admiral Kusin zum einstweiligen Befehlshaber der Flotte ernannt. Nach den letzten Nachrichten ist der Zwischenfall Sebastopol beigelegt.

Von der Moldauengrenze.

Der rumänische Bericht vom 22. Juni meldet: An der Westgrenze der Moldau, östlich vom Trotustal, sind mehrere feindliche Gruppen, die ihre Gräben mit weichen Fahnen verließen, vertrieben worden. An der Putna gegenfeitige Artilleriebeschießung bei Suraua und Badul Kosca. Schwere feindliche Artillerie beschloß ohne Ergebnis das Dorf Basile Alexander und russische Gräben. Russische Batterien haben mehrere feindliche Arbeiterabteilungen, ungefähr drei Kompagnien, auf dem Marsche von Bamestina nach Ruzica zerstört. An der Donau-Ruß-

Gewerkschaftsbewegung

Eine neue Gewerkschaftsgeschichte.

Unter dem unscheinbaren Titel: „Die Organisationen der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe“ ist ein Buch erschienen, das fast eine Ueberraschung hervorrufen mag. Berühmt sich doch in dem 674 Seiten umfassenden Buche eine umfangreiche allgemeine deutsche Gewerkschaftsgeschichte. Es mutet eigenartig an, daß gerade ein Verband einer Ortsgruppe, von der der Verfasser selbst sagt, sie habe sich lange Zeit mehr durch die Idee von der Harmonie der Interessen als von den sozialistischen Strömungen der Zeit beeinflussen lassen, eine allgemeine Gewerkschaftsgeschichte herausgibt. Doch es wird dem Verfasser des Buches, Genossen Hermann Müller (Arbeitersekretär in Berlin), genau so gegangen sein wie anderen Autoren: bei dem Bemühen, die ersten gewerkschaftlichen Regungen der Berufsgenossen aus der Vergangenheit an das Licht der Gegenwart zu ziehen, häuft sich das Material um so mehr, je gründlicher die Sichtung unternommen wurde. Der Stoff padt den Autor, das Interesse für den sozialen Kampf der Berufsgenossen wächst sich aus und umfaßt bald den der gesamten Arbeiterklasse. Schließlich haben wir, wie im vorliegenden Falle, zwei große Werke auf einmal vor uns.

Müller teilt sein Buch selbst in zwei Teile, dessen erster Teil die Allgemeine Gewerkschaftsgeschichte und dessen zweiter, wesentlich kleinerer Teil, die Organisationen und Kämpfe der Lithographen und Steindrucker bis zum Jahre 1891 zur Darstellung bringt. Sicher wird mehr als ein Leser, der das ungemein reiche Material kennen lernt, das Müller zum Verständnis der deutschen Arbeiterbewegung zusammengetragen hat, bedauern, es nicht gefordert zu können. Da aber eine Abtrennung dieses Buches, bei seinem durchaus selbständigen Aufbau leicht möglich sein dürfte, besteht die Hoffnung, daß dieser Wunsch recht bald in Form einer Neuauflage verwirklicht wird.

Mit jeder neuherausgegebenen Verbandsgeschichte irgendeiner Gewerkschaft erhöht sich die Zahl der Bücher, die für ein gründliches Studium der Gewerkschaftsgeschichte notwendig sind, es verringert sich aber auch die Aussicht, einstudial in einem erschöpfenden Werk das Gesamtgebiet der Gewerkschaftsbewegung geschichtlich dargestellt zu sehen. Was uns fehlt ist ein Werk für die deutschen Gewerkschaften, wie wir es in Theorie und Praxis der englischen Gewerkschaften von den Geschwistern Webb besitzen. Das konnte Müller hier nicht bieten, weil die Mächtigkeits der deutschen Gewerkschaften und damit die Entwicklung ihrer Praxis erst einsetzt nach 1878. Diese Aufgabe bleibt somit immer noch offen, während es Müller gelungen ist, die äußere Organisationsgeschichte bis zum Sozialistengesetz, d. h. bis zum Jahre 1878, aber auch die für die deutsche Gewerkschaftsbewegung richtunggebende allgemeine Theorie erschöpfend darzustellen.

Der Verfasser hat ein ungeheures Material zusammengetragen, das er in peinlicher Gewissenhaftigkeit ausführlich zur Beweisführung heranzieht. Fast hat man manchmal den leisen Wunsch nach etwas Kürze in der Wiedergabe der Beweismittel; denkt man aber daran, wie leicht der Vorwurf gegen den Kritiker erhoben wird, er habe dies und jenes aus dem Zusammenhange gerissen, dann verliert man die angewandete Maßstab.

Müller hat bei dem Bemühen, sein Beweismaterial selbst Geschichte erzählen zu lassen, doch recht scharf Stellung genommen; so scharf und überzeugend, daß man einige von ihm kritisierte ältere Gewerkschaftsgeschichtsschreiber, wie besonders Schmöle und Kulemann als erledigt betrachten darf, denen er mehr als einmal nachweist, daß sie ihre Darstellung zum Teil ohne Kenntnis des vorhandenen Materials aufgestellt oder kritisch übernommen haben.

Auf diese und andere Schwächen früherer Arbeiten weist Müller erklärend im Vorwort hin, in dem er gleichzeitig eine wertvolle Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in Deutschland gibt. Dabei bringt er interessante Nachweise über die Lebenshaltung der Arbeiter jener Zeit, über Arbeitsbedingungen und dergleichen mehr, deren Veränderungen er bis zum Ausgang der achtziger Jahre durchführt.

Müller beginnt seine Darstellung mit dem Reichsbeschlusse vom Jahre 1781, mit dem die Grundlage für eine wirksamere Bekämpfung der Gewerkschaften gelegt wurde. Allmählich leitet die Gesetzgebung zur Durchbrechung der Zunftschranken und zur Schaffung eines freien Arbeitsvertrages über. Unter dem Einfluß dieser gesetzgeberischen Entwicklung und der Umwandlung der Wirtschaftsverhältnisse verlieren die alten Gewerkschaften — soweit sie nicht ganz verschwinden — ihren Charakter als Schutz- und Trutzbündnisse und werden zu Unterstützungsvereinen. Müller betont mit Recht dabei, wie notwendig zur Beurteilung der Zustände jener Zeit die Kenntnis der Landes- und Reichsgesetze ist, ohne die wir örtliche Verordnungen leicht völlig falsch beurteilen könnten. Mit großer Sorgfalt geht er allen organisatorischen Regungen der Arbeiterklasse nach, so daß sein Buch für künftige Gewerkschaftsgeschichtsschreiber einzelner Verbände, soweit es sich um die Organisationsgründung handelt, zum Quellenwerk werden kann. Müller untersucht aber auch gründlich die Frage: wer hat das Hauptverdienst an der Gründung der deutschen Gewerkschaften? Da wendet

er sich mit Schärfe gegen die Auffassung, daß die Sozialdemokraten als besondere Förderer der Gewerkschaften angesehen werden müssen. Der Nachweis, daß nicht nur das von den Sozialdemokraten so beharrlich vertretene eiserne Lohngesetz, sondern auch die besondere Betonung der politischen Forderungen, die Verherrlichung der Organisationsform und nicht zuletzt der eigenartige diktatorische Charakter ihres Führers Schweiger den Gewerkschaften mehr hinderlich als förderlich gewesen, muß als zwingend beigegeben werden. Ohne die sonst Schweiger gemachten Vorwürfe zu unterlassen, zeigt uns Müller die gesamte Organisationskraft Schweigers in seinen Reden und Schriften. Und doch erkennen wir, daß die Tatkraft dieses Mannes mit unseren Begriffen von Demokratie unvereinbar wäre.

Unter dem Eindruck der augenblicklichen Parteispaltung ziehen die erbitterten Bruderkämpfe der Arbeiter um die Organisationsform besonders wirksam an uns vorüber. Und von selbst drängt sich uns die Antwort auf die Frage nach dem Gründer der Gewerkschaften auf: die Arbeiter selber waren es, die mit und gegen die verschiedenen Richtungen trotz aller Bekämpfung an dem Aufbau der Gewerkschaften arbeiteten. Wir gewinnen mit dem Verfasser aus den geschichtlichen Vorgängen die stürzende Überzeugung, daß auch die augenblickliche Uneinigkeit der Arbeiter — unter Umständen selbst gegen die Führer — überwunden werden wird. Die Arbeiter waren es, die immer wieder zum Streik drängten trotz „eiserne Lohngesetz“, trotz aller theoretischen Nachweise von der Ausschichtslosigkeit „der Sache, sich als Mensch gebärden zu wollen“, wie Lassalle von den Gewerkschaften sagte. So ist auch das Koalitionsrecht endlich viel mehr unter dem Druck der tatsächlichen Betätigung der Arbeiter als durch die energische Förderung ihrer damaligen politischen Führer gegeben worden.

Dreien Raum widmet Müller auch der Entstehungsgeschichte der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine. Er bekämpft den von jener Richtung geflüsterten Glauben, als hätte Dr. Max Hirsch von seiner Studienreise die erste Kenntnis der englischen Gewerkschaften nach Deutschland gebracht. Müller weist überzeugend nach, daß bereits vor dieser Reise zuverlässige deutsche Literatur darüber vorhanden war, auf die sich Hirsch in seinen englischen Briefen sogar stützte.

Neben der Untersuchung des Verlaufs der vorsozialistengesetzlichen Arbeiterbewegung sind die Kapitel über ihre theoretischen Grundlagen von ganz besonderem Interesse. Was an nationalökonomischen Anschauungen in den ersten Jahrzehnten der Arbeiterbewegung in Deutschland Geltung hatte, war mehr ausen als für die gewerkschaftliche Tätigkeit brauchbar, stützte sich im wesentlichen auf Theorien, die Lassalle propagiert hatte. Mit dialektischer Schärfe weist Schweiger diese Theorien gegen die unbequeme aufkommende Gewerkschaftsrichtung zu benutzen; und wie mager ist demgegenüber die theoretische Ausbeute, die wir in jener Zeit bei den Verfechtern der Gewerkschaften finden, trotzdem Engels schon in „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“, Marx im „Grund der Philosophie“ und im „Kapital“ gründliche theoretische Arbeit geleistet hatten, denen sich sein allerdings erst spät im Druck erschienener Vortrag, den er im Generalrat der „Internationale“ hielt, anschloß und zugleich auch die Beschlüsse der „Internationale“ wegweisend waren.

Zu Unrecht glauben sich gewerkschaftsfeindliche Sozialisten auf Marx stützen zu können, dessen Wirksamkeit für die Gewerkschaften viel zu wenig gewürdigt wird. Dagegen treten uns viele der heute wieder mit mehr Leidenschaft als Logik vertretenen gewerkschaftsfeindlichen Theorien aus der Fülle des herbeigetrogenen Materials aus Schweigers Reden und Schriften als recht alte Bekannte entgegen. Müller hat uns daran erinnert, wie ungemein viel die deutschen Gewerkschaften Karl Marx verdanken. Er gab uns Theorien, die wir heute noch fast reiflos als richtig anerkennen, ja die wir leider nur zu häufig gegen sogenannte Marxisten verteidigen müssen. Denn für Marx war die Gewerkschaftsbewegung die Arbeiterbewegung schlechthin.

So ist dieses Buch gleichzeitig ein aktuelles Reizbuch, das auch jetzt in einzelnen Fragen nicht ohne Nutzen ist und dessen Studium jedem Freund und Anhänger der Gewerkschaftsbewegung und der Arbeiterbewegung bestens zu empfehlen ist.

Berlin und Umgegend.

Die Erhöhung der Feuerungszulagen in der Kartonbranche beschäftigte eine Branchenversammlung, die zum Freitag vom Buchbinderverband einberufen worden war. Bisher beträgt die Feuerungszulage sowohl für die Bezugsbranche, wie für die Postbranche 25 Prozent. Wie in der Versammlung nach einem Referat A. L. a. s. festgestellt wurde, entspricht dieser Satz schon lange nicht mehr der jetzigen Zeit. Eine Erhöhung ist durchaus notwendig geworden. Einstimmig wurde beschlossen, eine Erhöhung der bisherigen Feuerungszulagen um weitere 30 Prozent zu fordern, und zwar gleichmäßig für männliche und weibliche Kartonagenarbeiter, sowie für Lohn- und Affordarbeiter. Die Forderung gilt für die Post- und Bezugsbranche und auch für die Branchenangehörigen, die Zigarettenfabrikationsarbeiter und die in der Luxuspapierindustrie tätig sind. Die Organisation wird die Forderung den einzelnen Firmen zustellen, denen es überlassen wird, den Vertreter der Organisation der Unternehmer zur Abaräumung einer Verhandlung zu veranlassen.

Die Arbeiter der Metzereipfaffen der Röttischen Gewerkschaft hatten im Februar an die Direktion der Gaswerke den Antrag gestellt, die Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich zu beschränken. Der Arbeiterausschuß hatte bereits in der zweiten Hälfte des Monats April unter Hinzuziehung des Vorsitzenden der Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeinbedienten, mit der Direktion verhandelt, ohne zu einem positiven Ergebnis zu kommen; die Direktion stellte eine definitive Entscheidung in nahe Aussicht. Nach nochmaliger Erinnerung des Arbeiterausschusses traf nunmehr ein Schreiben von der Direktion ein, indem unter Hinweis auf den Mangel an geschulten Arbeitskräften die Einführung des Achtstundentages abgelehnt wurde.

In einer gutbesuchten Versammlung erhaltete der Arbeiterausschuß Bericht. Einmütig nahmen die Versammelten nach vorausgegangenem sachlicher Diskussion eine Erklärung an, in der sie die Gründe, die die Direktion für die Ablehnung des Antrages geltend macht, in keiner Weise als stichhaltig erachteten, sie erklärten, nach wie vor der Meinung zu sein, daß der Antrag nicht nur zeitgemäß, sondern auch betriebstechnisch ohne Schädigung der Betriebsergebnisse durchführbar ist. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, die Forderung erneut der Direktion vorzulegen und mit allem Nachdruck seine Verwirklichung zu verlangen.

Außerdem wurde ein Antrag auf Erhöhung der Teuerungszulage um 15 Pf. für die Stunde für Arbeiter und Arbeiterinnen einstimmig angenommen.

Aus der Schlichtungskommission der Militärschneider.

Lumpige Kermelfutter. Um die Kermelfutter von fünf Militärmänteln drehte sich ein Streit, der in der letzten Sitzung der Kommission ausgefochten wurde. Als Gegner standen der Unternehmer B. und der Schneider A. einander gegenüber. Wie der Unternehmer behauptete, habe der Beklagte für 5 Mäntel die Kermelfutter einbezahlt, die er zurückerforderte.

Magistratsrat von Schulz: „Ja, das Material müssen Sie herausgeben. Wo haben Sie denn das Futter?“

Der Beklagte, ein Ungar, der nur schwer zu verstehen war, sagte: „Hab' nix. Ist nix beigegeben.“

Hierzu erklärte der Kläger, er habe dem Beklagten alles genau abgezählt geliefert, dieser habe aber die Kermelfutter für 5 Mäntel für sich verwandt und ihn in die Mäntel „lumpige“ Kermelfutter eingeklebt, so daß er richtiges Futter habe kaufen und einzahlen müssen.

Der Beklagte erklärte demgegenüber, daß er nachträglich anderes Futter einnähen wollte, der Kläger erklärt aber, zu ihm kein Vertrauen mehr zu haben, er habe es darum selbst gemacht. Er habe die strittigen Futter jedenfalls nicht erhalten.

Dem Beklagten wurde von Gerichtseite vorgehalten, daß er doch als langjähriger Fachmann das Material bei der Ausbündung auf seine Vollständigkeit hin prüfen müsse und nicht erst — wie hier geschehen — nach 18 Tagen das Fehlende monieren dürfe.

Ein Arbeitgeberbesitzer zum Unternehmer: „Wo haben Sie sich denn das Ersatzfutter herbeschafft? Vom Amt? Und zu welchem Preis?“

Kläger: „Ich hab's von einem Kollegen gekauft.“

Beitzer S. d. r.: „Ja, so geht das aber auch nicht. Sie kaufen angeblich „Schmutz“ und wollen dann für ein Kermelfutter 6 M. nehmen. Sie hätten das Futter vom Amt nachkaufen müssen.“

Dieser Auffassung stimmte das Gericht bei.

Ein Arbeitgeberbesitzer fügte noch hinzu, daß diese Art der Beschaffung von Ersatzteilen nicht die Bewilligung der Militärbehörde fände und dies nicht mehr vorkommen dürfe. In einem solchen Falle habe man sich an das Amt zu wenden. Andererseits sei auch die Sache bei dem Beklagten nicht ganz klar und auch ihm sei zu raten, mit dem militärischen Eigentum gewissenhafter umzugehen.

Da noch eine Lohnforderung an den Kläger anstand, unterbreitete Klunge folgenden Vorschlag: Um alle Streitigkeiten in dieser Frage zu erledigen, schlage er vor, daß der Kläger an den Beklagten gleich 50 M. auszahle. Das Futter habe er jedenfalls gekauft und neu eingeklebt, aber die Fragen dem Beklagten ungenügend entlohnt.

Das Gericht schloß sich dem Vorschlag Klunge an, und der Vergleich endigte dementsprechend.

Ausland.

Die französischen Ausstandsbebewegungen.

Von der französischen Grenze meldet die „Stdn. Ztg.“: Ueber die Ausstandsbebewegungen, die von den zahlreichen Ausständen in der Pariser Frauenarbeit wie ein Streifen Feuer über ganz Frankreich ausbreiteten, ist es in den französischen Blättern seit kurzem still geworden. Man erzählt jetzt, daß die Zensur den Zeitungen ein förmliches Verbot zugehen ließ, von den Ausständen irgend einstimmig anzunehmen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Nimmlich kühl, veränderlich, vorwiegend wollig, öfter Regenfälle; frühmorgens Gewitter.

Rechtswortl. J. Bolitt: Dr. Franz Diebold, Berlin-Gröbenau; Dr. b. Brügel, Teil des Blattes; Hirsch, Götting, Neuß; für Inverate: H. Giese, Berlin, Druck u. Verlag: Reichsdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen.

A. WERTHEIM

Seidenstoffe

Schottenseide in schönen Farbenstellungen Mtr. 3.50
 Gestreifte Blusen-seide schw.-weiße Streifen Mtr. 4.50
 Granit-seide einfarbig, in schönem Farbensortiment Mtr. 4.50
 Bedruckte Japone-seide aparte neue Muster. Mtr. 7.90
 Deutsche Bast-seide 90 cm br. Mtr. 12.50, 9.75
 Gestreifte Kleider-seide etwa 90 breit, schwarz-weiß und blau-weiß. Mtr. 10.00
 China-Krepp etwa 100 cm breit, in vielen Farben Mtr. 10.50
 Seiden-Trikot aparte Neuheit in großem Farbensortiment Mtr. 19.50

Damenwäsche

Taghemden mit Stickerel-Ansatz 7.75
 Taghemden mit Stickerel-Ein- u. Ansatz 12.75
 Taghemden mit Stickerel-Ein- u. Ansatz 13.75

Garnituren

Taghemden Beinkleider Nachthemden
 9.75 bis 15.50 7.50 bis 11.50 16.75 bis 21.75

Untertaillen aus Stickereistoff 6.75
 Untertaillen mit Stickerel-Ein- u. Ansatz 12.75
 Untertaillen m. Stickerel, aus gesticktem Schleierstoff 13.75
 Stickerei-Röcke 18.50
 Rock-Beinkleider mit br. Stickerel-Vol. Ein- u. Ansatz 14.50

Waschstoffe

Baumwoll-Musseline türkische Muster . Mtr. 2.25
 Kräuselstoffe Punkt- u. Blumenmuster Mtr. 2.50
 Weiße bestickte Volants für Kinderkleider, schöne Muster. Mtr. 4.00, 3.50
 Weiße best. Mulle etwa 75 cm breit, kl. Blumenmuster Mtr. 3.60
 Bedr. Tupfenmulle kl. Streublumenmuster Mtr. 4.75
 Schleierstoffe etwa 115 cm breit, reizende Blumenmuster Mtr. 5.50
 Bedr. Tulle aparte Neuheit, in modernsten Mustern, etwa 100 cm breit Mtr. 6.25
 Schleierstoffe Voll-Voile, etwa 115 cm breit, Streublumenmuster 7.00, 6.50 auf hellem und dunklem Grund. . Mtr.

Damenhüte

Ungarnierte Hüte neueste Form., versch. Geflechte 3.50, 4.90, 6.25
 Tag- u. Liseret-Hüte in modernen Formen und Farben . 7.90, 11.50
 Garn. Hüte moderne Formen und Farben, auch verschiedene Garnit. 8.50, 11.25, 15.50, 19.00

Weisswaren

Blusen-Kragen gr. Form, Glasmull, m. Filet-Motiven u. br. Spitze garn. 1.75
 Blusen-Kragen gr. Form, Glasmull, m. Hohlbaum. u. br. Spitzen-Ansatz 2.50
 Roll-Kragen aus Glasmull, mit Säumchen und Spitze garniert 2.35
 Tüll-Fichüs weiß 1.95
 Tüll-Fichüs weiß, mit breiter Spitze garniert 2.90

Sonnenschirme

Reinseidene Sonnenschirme tiefe Form, mit Schottenschnitt 15.00
 Schirme für Sonne und Regen reine Seide, in verschiedenen Farben. 17.00
 Touristen-Schirme für Damen und Herren, grau Gloria 9.00

Die neue Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917.

Beschlagnahme aller Getreidearten. — Größere Heranziehung des Handels. — Erweiterte Machtbefugnisse der Kommunalverbände.

Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung dem Entwurf einer Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 seine Zustimmung erteilt. Die Erfahrungen des letzten Wirtschaftsjahres ließen es geboten erscheinen, im kommenden Erntejahr nicht nur das Brotgetreide, sondern auch Gerste, Hafer, Hülsenfrüchte, Buchweizen und Hirse resolu zu beschlagnehmen. Diese Früchte durch eine Hand zu erfassen und sie durch eine Organisation, die Reichsgetreidestelle, zu betriebswirtschaften.

An dem bisherigen System der Erfassung des Brotgetreides, das auch auf die übrigen Früchte ausgebeugt worden ist, ist grundsätzlich festgehalten; die Lieferung der Früchte wird künftig wie bisher entweder durch den Kommunalverband als Selbstlieferer oder durch die Kommissionäre der Reichsgetreidestelle, bei deren Bestellung der Kommunalverband mitzuwirken hat, erfolgen. Dabei ist die Selbstwirtschaft der Kommunalverbände auf diejenigen Kommunalverbände beschränkt worden, die nach den Erfahrungen der Erntejahre 1916 und 1916 voraussichtlich zur Versorgung ihrer Bevölkerung bis zum 25. März 1918, also neun Monate, ausreichen; die Lieferung beschlagnehmter Früchte durch den Kommunalverband an die Reichsgetreidestelle als Eigenhändler (Selbstlieferung) wird ferner nur den selbstwirtschaftenden Kommunalverbänden und auch diesen nur dann gestattet, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen, insbesondere eine kaufmännisch eingerichtete Geschäftsstelle unterhalten, für den Einkauf mindestens zwei Kommissionäre bestellen, die gegenseitig in Wettbewerb treten und die Kommissionsgebühren reiflos übernehmen erhalten, ferner der Reichsgetreidestelle wöchentlich eine genaue Nachweisung der eingelassenen Mengen einreichen. Selbstwirtschaft wird es übrigens nur bei Brotgetreide und in gewissem Umfang zwecks Verwertung des Futterausgleichs bei Futtergetreide geben; der Ankauf von Hafer und Gerste zur Nahrungsmittel- und Vieherhaltung auf Grund besonderer Bezugsscheine wird nicht mehr stattfinden, die Zuweisung geeigneter Qualitäten für diesen Zweck wird vielmehr ausschließlich Sache der Reichsgetreidestelle sein. Dem Handel wird künftig eine größere Betätigungsmöglichkeit als bisher gegeben sein. Die bezüglichen Verhandlungen mit den amtlichen Handelsvertretungen nähern sich dem Abschluß.

Um die Kommunalverbände in den Stand zu setzen, den ihnen obliegenden Pflichten zu genügen und für die Aberntung, den Ausbruch und die Ablieferung der Früchte Sorge zu tragen, sind ihnen gegenüber dem bisherigen Rechte wesentlich erweiterte Machtbefugnisse eingeräumt worden, entsprechend den schon für den Frühbruch vorgesehene Maßnahmen; namentlich können sie erforderlichenfalls zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen alle in ihrem Bezirke vorhandenen landwirtschaftlichen Geräte und Betriebsmittel jeder Art, also auch, soweit nicht die besonderen Anordnungen des Kohlenkommissars entgegenstehen, Kohlen in Anspruch nehmen. Die Pflicht des Kommunalverbandes, für die Ablieferung der in seinem Bezirke angebauten Früchte zu sorgen, ist zu einer Haftung für die Ablieferung in der Art verdichtet worden, daß der Kommunalverband eine Räumung der für seine Versorgungsberechtigten Bevölkerung und seine Selbstversorger festgesetzten Verbrauchsmengen an Brotgetreide, Weizen und Nahrungsmitteln zu gewärtigen hat, wenn er es etwa schuldhaft unterlassen sollte, seinen Lieferpflichten rechtzeitig zu genügen. Die Feststellung der Lieferpflichten soll auf Grund der im Sommer stattfindenden Ernteschätzung und der früher vorgunehmenden Nachschätzungen erfolgen. Dabei sind die festgesetzten Mengen innerhalb der bestimmten Fristen, die darüber hinaus verfügbaren, also die sonst schon ausgebrochenen oder durch die Festsetzung nicht erforderten Mengen, jeweils sofort nachdem sie lieferbar geworden sind, der Reichsgetreidestelle zur Verfügung zu stellen. Dieser Haftung des Kommunalverbandes mit ihren Folgen entspricht eine Haftung der Gemeinden gegenüber dem Kommunalverbande und eine Haftung der einzelnen Erzeuger gegenüber der Gemeinde oder, wo die Umfänge durch den Kommunalverband unmittelbar auf die Erzeuger vorgenommen wird, der letzteren gegenüber dem Kom-

munalverbande. Die Folgen der Haftung sollen insoweit nicht eintreten, als die Unterlassung rechtzeitig und vollständiger Ablieferung auf einen Umstand zurückzuführen ist, den ein ablieferungspflichtiger Betriebsunternehmer nicht zu vertreten hat, insbesondere also, soweit der Ausbruch infolge Kohlenmangels nicht möglich war oder Vorräte nachweislich ohne sein Verschulden zugrunde gegangen sind.

Die Grundlage für die Überwachung der Erfassung werden die Wirtschaftskarten bilden, die für jeden landwirtschaftlichen Betrieb bei dem Kommunalverbande, wahlweise auch bei der Gemeinde zu führen sind.

Den Kommunalverbänden und Gemeinden wird durch die Neuverteilung eine erhebliche Mehrarbeit auferlegt. Zu ihrer Erfüllung sollen in möglichst großem Umfang die Lehrkräfte sowie Hilfsdienstpflichtige herangezogen werden; die Verbände sollen ferner zur Durchführung der erweiterten Aufgaben durch Gewährung von Zuschüssen aus den Mitteln der Reichsgetreidestelle in Anspruch gesetzt werden. Hierbei ist in Aussicht genommen, die Zuschüsse nicht nur nach der erfassten Menge, sondern auch nach der Zahl der gefährdeten Wirtschaftskarten zu bemessen. Dem Kommunalverband ist die Möglichkeit gegeben worden, zwecks rascher und nachdrücklicher Durchführung der gesetzlichen Vorschriften, namentlich der Bekämpfung des Schleichhandels, Vorräte, die einer gesetzlichen Vorschrift zuwider hergestellt oder in den Verkehr gebracht werden, ohne Zahlung einer Entschädigung zugunsten der Reichsgetreidestelle für verfallen zu erklären.

Ueber die Mengen, die die Landwirte aus ihren selbstgebaute Früchten zur Ernährung der Selbstversorger, zur Fütterung des im Betriebe gehaltenen Viehs und zur Befüllung der zum Betriebe gehörenden Grundstücke verwenden dürfen, konnte in der Verordnung ebensowenig etwas gesagt werden wie über die Mengen von Brot und Mehl, die der einzelne Verbraucher im kommenden Erntejahr zugeteilt erhalten wird. Dies alles hängt vom Ausfall der Ernte und von den Forderungen für Heereszwecke ab und kann daher erst später festgesetzt werden. Hierbei wird auf die Sicherung der Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch ausreichende Ernährung von Mensch und Tier entscheidender Wert gelegt werden.

Die Erntevorschätzungen.

Amtlich wird mitgeteilt:

Die Ergebnisse der Ernte der wichtigsten Nährfrüchte bilden die Grundlage unserer Ernährungspolitik. Der ganze Verteilungsplan kann nur aufgestellt und die für die Sicherung unserer Volksernährung notwendigen Maßnahmen können nur getroffen werden, wenn wenigstens in großen Zügen ein einigermaßen zuverlässiger Überblick über die zu erwartende Erntemenge gewonnen ist. Um diesen notwendigen Überblick so rasch wie möglich zu erhalten, hat der Bundesrat, wie bereits im vorigen Jahre, eine Erntevorschätzung der für die Volksernährung besonders wichtigen Feldfrüchte angeordnet. Diese findet für Brotgetreide und Gerste im Juli, für Hafer im August und für Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Zuckerrüben, Munkelrüben, Kohlrüben, Herbstzuckerrüben, Möhren und für Weizkohl Ende September und Anfang Oktober statt. Das Reichliche Statistische Amt soll bis zum 1. August bzw. 1. September und 15. Oktober im Besitze der Vorschätzung sein. Die Durchführung der Erntevorschätzung wird in der Weise erfolgen, daß für die einzelnen Gemeinden durch Sachverständige und Vertrauensleute Durchschnittserntemengen festzustellen sind. Die gesamten Erntemengen sind dann auf Grund der Angaben der vor kurzem angeordneten Ernteflächenhebung zu berechnen.

Mit Rücksicht auf die bereits beginnende Ernteperiode gibt das Kriegsernährungsamt bekannt:

Durch die neue Reichsgetreideordnung vom 21. Juni 1917 ist die Gerste allgemein beschlagnehmbar. Es können also von den Landwirten nicht, wie im abgelaufenen Jahre, bestimmte Mengen zurückbehalten oder selbständig veräußert werden, auch nicht zu Saatwecken. Der Handel mit Saatgerste wird durch die in der Reichsgetreideordnung vorbehaltenen, demnächst erscheinende Verordnung über den Verkehr mit Saatgut geregelt werden. Bezüglich der Sommergerste, insbesondere wegen der den Landwirten zu eigenem Verbrauch zu überlassenden Mengen, werden ebenfalls noch besondere Bestimmungen ergehen.

Groß-Berlin Großstadtkinder.

Sie war immer etwas blaß, die Blüte der Großstadtmenschenheit, besonders die Nachkommenschaft des Proletariats, der kein Seewind oder die herbe Luft oberbayrischer Sommerfrischen wenigstens einmal im Jahre Rosen auf die Wangen zauberten. Die Sonne hat es nicht leicht, in den Steinhäusern der Miesstadt einzudringen und über zahllosen Balken und Schächten brüht der Alb ewiger Dämmerung. Der Dunst des Werkeltages hängt schwer über den ozonhungrigen Lungen der Kinder, deren einzige Zummelplätze die Straße und muffige Hinterhöfe sind. Die Straße ist meist auch ihre einzige Erzieherin und gibt ihrer Psyche die eigene Richtung: sie sind neugierig und dreist wie die Spagen, zudem frühreif demokratischen und kritischen Sinnes — und allzeit mit dem Munde vortrotz. Haben sie dazu noch einen Schuß Berliner Lokalpatriotismus und großstädtischer Ueberlegenheit im Blute, so mag es begreiflich erscheinen, daß sie den Herren Pastoren, die sich im „Reichsboten“ und in der „Deutschen Tageszeitung“ über die Wildheit der auf dem Lande untergebrachten Berliner Kinder beklagen, nicht in den Aram passen. Man vermüht den demütig dankbaren Augenaufschlag, den die Herren Landwirte angeköhlt ihres heroischen Opfers doch zum mindesten verlangen können.

Vorerst: Die christliche und deutsche Gesinnung der Herren Landwirte und Pastoren dürfte sich doch kaum der Tatsache verschließen, daß die Unterbringung in der Hauptsache bezweckt, einer drohenden körperlichen Verelendung unserer städtischen Jugend vorzubeugen — nicht zum wenigsten im Interesse künftiger Wehrkraft, für deren Erhaltung und Verbilligung gewisse agrarische Kreise ja so lebhaft plaidieren — selbst unter Verzicht darauf, daß damit eine sittliche Veredelung der Landjugend in ihrem Sinne verbunden ist. Vielleicht kommen sie auch bei tieferer Betrachtung des Problems zu Gedankengängen, die ein besonderes Licht über ihre Meinung von der sittlichen und erhellenden Kraft des Krieges werfen — vielleicht versagt der Himmel ihnen die Einsicht nicht, daß die baldige Heimfahrt der Männer aus dem Kriege, daß die Erlösung der Mütter aus der zermürbenden Qual der Schwerarbeiter auch ein Kriegsziel ist, worüber sich reden läßt. Vielleicht empfinden sie den Vorwurf, der aus den dürftigen Körpern und den umschatteten Augen der Kinder spricht und aus ihren eigenen Anlagen auf sie zurückfällt, daß sich sowohl ihre Duldsamkeit wie ihr Verantwortungsgefühl stärke.

Aber man soll nicht zu viel erwarten. Denn die Abneigung gegen die Großstadtkinder hat noch andere Gründe als die vorgegebenen, und wer zwischen den Zeilen lesen kann, der merkt die Absicht — und ist verstimmt.

Gemüsehändler auf der Warenjagd.

Die Knappheit des Angebots von Gemüse hat in Berlin nicht nur für die verbrauchende Bevölkerung zu sehr unerfreulichen Zuständen geführt. Auch der Kleinhandel leidet und klagt über die bei der Warenbeschaffung sich täglich wiederholenden Unannehmlichkeiten, mit denen er infolge der Gemüseknappeit zu kämpfen hat. Wenn unsere Hausfrauen im Gemüseladen ihr Gemüse kaufen wollen, kostet das gewöhnlich eine harte Geduldprobe und nicht selten müssen sie noch Grabschreien erdulden. Aber die meisten ahnen nicht, was der Kleinhandeler selber hat durchmachen müssen, ehe er sein hübsches Ware zusammenbringt. Auch Großhändler und Produzenten wissen, daß sie jezt nicht nötig haben, den Abnehmern nachzulaufen. Wie es in den Grünrammläden den sich drängenden Kundinnen ergeht, genau so und oft noch schlimmer ist man ein paar Stunden vorher in der Zentralmarkthalle mit den kleinen Händlern bei ihren Einkäufen umgepfungen. Für sie beginnt die Jagd nach Ware im Dunkel der Nacht, und wenn sie nach vielstündigem Warten und Drängen und Gassen endlich im hellen Tageslicht heimkehren, haben sie ihrer Kundenschaft oft leider wenig zu bieten.

Wir haben schon vor einigen Tagen darauf hingewiesen, wie zur Nachtzeit die Zufuhren bereits vor der Berliner Zentralmarkthalle, auf Vorortmärlen und sogar auf den Landstrichen abge-

Der starke Mann.

Eine Schweizerische Offiziersgeschichte von Paul Jig.

„Versteht sich, lieber als bei Zeiten die Vernunft walten zu lassen!“ hörte er den Schulmeister noch zeteren. Die beiden Obersten schienen überhaupt kein Gewicht auf seine Worte zu legen. Vermutlich hatte Erismann seinen Standpunkt dem lenkbaren Platzkommandanten bereits gehörig klar gemacht. Von dieser Seite war also nicht auf Widerstand zu rechnen. Lengenboger wäre kaum mehr in Erstaunen geraten, wenn der „stegreiche“ Böbel seine Auslieferung gefordert und durchgesetzt hätte. Ihm tat es nur wohl, sich ein solches Handgemenge auszumalen. Einer gegen tausend! Gerade darnach trug er jezt Verlangen. Welle um Welle überflutete sich in seiner Brust, und jede erzeugte wieder das gleiche glühende Gefühl: Recht muß Recht bleiben, und wenn alle gegen dich aufstehen!

Nach einigen Minuten betrat er neben seiner Dame die kleine Winkelgasse hinter der Kunst, von wo die beiden auf Umwegen unbehelligt nach der Seestraße gelangten. Renée Steiger hatte den Fragen ihres Pelzmantels aufgeschlagen. Vom Gesicht waren nur die Augen zu sehen. Aber sie mußte sich im Gehen fest auf seinen Arm stützen. Wenn vom Marktplatz, wo die Polizei endlich aufzuräumen begann, wieder ein hundertschmetteriges „Gooool!“ herüberhallte, schüttelte sich die Patrizierin vor Furcht, als erinnerte sich ihr Blut aller graufamen Volksaufstände und Abschlächtungen vergangener Zeit. Sie fühlte aber auch, daß der entschlossene Mensch an ihrer Seite von einem romantischen Beschützergeist durchdrungen war und nicht zögern würde, sein Haupt für sie auf den Richtblock zu legen oder sich in Fetzen reißen zu lassen. Forderte die Zeit solche Opfer nicht mehr — der Mut hierfür mußte dem Manne dennoch aus den Augen schauen. Das war es! Nie konnte Adolf Lengenboger als Schirmer versagen. In Feuers- oder Wassernot, in jeglicher Lebensgefahr durfte sie dem starken Arm, auf den sie sich stützte, vertrauen. Selbstam erregt durch den Gleichakt der Schritte, warm an den Begleiter geschmiegt, fühlte sie in ihrer furchtbewegten Seele schnell ein Gefühl dankbarer Zuneigung aufsteigen, die Sehnsucht, ihm den verborgenen Garten liebender

Froulichkeit unterstellt zu erschließen. Noch nie hatte sie der traurigen Lampenchein hinter flockenunwirbelten Fenstern so bezaubert, noch nie hatte sie so wie heute die Verlockung eines eigenen Herdes verspürt. O, jezt von seinem Ketterwillen aufgehoben und fortgetragen zu werden — fort aus dieser Welt des Aufruhrs in eine glückseligere Heimlichkeit! Der Wind zischte bedrohlich in den engen Gassen, die Gaslaternen flatterten, zuckten, wimmerten, die Wolken hingen wie schwarze Euter eines Riesendrachs auf die Dächer herab, und wo unter einer Tür oder an einer Straßenecke Menschen zusammenstanden, schienen sie über Raub und Totschlag zu tuscheln. Oft mußte Renée sich umsehen, ob niemand hinter ihnen herdschleiche. Sie atmete erst wieder auf, als die Altstadt, das Spinnenney unheimlicher Gassen hinter ihnen lag, die Straßen breit, übersichtlich wurden und Wohlstand ankündigten.

Adolf Lengenboger merkte nichts von dieser herbsthaften Wandlung. Ihn trieben Gah und böse Zweifel vorwärts. Wenn er beim Anblick herumstreifender Burchen in die Mantelstöße fuhr und seine Hand ein gewisses Etwas umschloß, wäre die Begleiterin vom Ausdruck seiner Züge schwerlich erbaut gewesen. Er dachte: „Wie anders sah das Leben gestern mittag aus!“ Dann stieß er auf den traurigen Befund, daß es für ihn am besten wäre, sich Hals über Kopf in den Strudel der Volkstollheit zu stürzen und solange blindwütend dreinzuhauen, bis er selbst den Todesstreich empfing. Der Wind schrie es ihm ins Ohr, und die flackernden Lichter forderten ihn dazu auf. War das nicht männlicher als diese flucht durch Hintertüren und Winkelgassen, um am kommenden Morgen die erduldeten Schmach in allen Zeitungen zu lesen? „Ueber hundert Offiziere von einer rasenden Volksmenge auseinandergeprengt —“. Dazu die nähere Umstände... Ein Beschalter für die ganze Welt! „Die Schöne Mars“ beim Volk der Hirten!“ konnte die Ueberschreit lauteln. Was mochten erst die deutschen Musker ihrer Garnison für einen Bericht über diesen Ehrenabend der Kreuzstädter Offiziere geben! Mitunter empfand der weißbüschige Reiteroffizier ein tolles Verlangen, seinen Degen zu zerbrechen und sich die Uniform vom Leibe zu reißen.

„So eine Schändlichkeit ist überhaupt noch nicht dagewesen. Der ganze Stand beschimpft, das reinste Kasperletheater!“ knirschte er, die Augen wie ein Betrunkener rollend

und vor dem Klang seiner eigenen Stimme erschauernd. „Es war ja unbeschreiblich... Zuerst der halbblöde Hymnus auf die eintretenden Eidgenossen — dann der lobige Segen von unten. Und wir wie ertappte Glückspieler nach allen Windrichtungen ouseinandergefahren. Der rote Klingel kann sich freuen!“

„Was blieb uns weiter übrig? Wir konnten doch nicht gut im Treppenhaus und in der Küche weiterstehen. Ach, wozu sich lange darüber ärgern. Es ist jezt schon einmal so!“ verjezte Renée, die nichts bedauerte, sondern nur darauf bedacht war, bald unter das schützende Dach zu kommen. Daß er es nicht spürte, wie nahe sie ihm war! Allein er war jezt keiner jarten Regung fähig. In ihm kostete eine wahre Hölle von Wut. Nur der Kravall beschäftigte ihn noch. „Aber stellen Sie sich vor,“ fuhr er fort, „daß die Kaserne von oben bis unten voller Leute steht. Hundert Mann mit aufgezogenem Bajonett hätten genügt, um den ganzen Markt abzusperrern. Bloß ein klarer Manneswille war nötig. Ein Platzkommandant, der dem Polizeihauptling kategorisch erklärte: Das ist ein Komplott gegen den Offiziersstand. Verfassung hin, Verfassung her. Ich stelle Militär hin und nehm's auf meine Kappel! Da hätten Sie sehen sollen, wie ruhig unser Abend verlaufen wäre. Aber einer wie der andere vertritt sich vor den bundesrätlichen Paragrafenwächtern. Sie sagen, in Friedenszeiten müsse man sich eben nach der demokratischen Tede strecken; im Ernstfalle werde man dann schon andere Saiten aufziehen. Ja, können vor Lachen! Diese Schlappheit wird sich einmal rächen, daß den windigen Herren Hören und Sehen vergeht. Laßt es nur zum Kriege kommen, dann schrecken wir zuerst einmal unsere Scharfmacher über den Haufen! Ist ja bei uns heute schon die beliebteste Lösung. Meinnetwegen. Ich gehe meinen eigenen Weg und lasse mich nicht durch Paragrafen einschüchtern. Mögen sie mich in Gottes Namen abfagen, wenn sie keine Männer brauchen können.“

Dieser Gedanke gewann je länger je mehr an Wahrscheinlichkeit. Lengenboger wußte kaum, wohin er ging und mit wem er sprach. Was ihn am meisten erbitterte, war das Gefühl absoluter Ohnmacht. Er konnte nur die Hände in den Schoß legen und zusehen, wie die andern alle Begriffe von Ehre und Mannhaftigkeit mit Füßen traten.

(Fortf. folgt.)

sangen werden. Großhändler, und Schieber, reihen sich um die Ware der Produzenten, überbieten die Höchstpreise und kaufen ohne Rücksicht, aber auch kleine Händler sind genötigt, sich an diesem Treiben zu beteiligen. Vor der Zentralmarkthalle kann man den mächtigen Kampf der Kleinen beobachten, die in Haufen hier und da und dort den aufgefahrenen Wagen eines Gemüsehauers umlagern. Bevor im Morgengrauen drinnen der Großmarkt eröffnet wird, suchen sie sich möglichst schon draußen mit Ware einzudecken. In bittem Ton bringen sie bei dem Gemüsehauer ihre Wünsche vor, ein halbes Schod Stimmen schwirren durcheinander, jeder macht um Verdrüssigung, lodend reden sich ein Dutzend Hände schon mit Geldscheinen empor. Gelegentlich packt ein Kaufstücker ungeduldig werdend selber zu, um sich Ware zu sichern. Schimpfend fährt der Bauer oder seine Ehehälfte dazwischen, und es wird getaragt um die Körbe gerungen. Die Ware geht „reichend“ im wahren Sinne des Wortes ab, ohne daß jemand nach Schlüsseln fragt.

Die Markthallendirektion hat uns erklärt, daß sie gegenüber diesen Zuständen machtlos sei, weil sich das alles nicht in der Markthalle, sondern auf der Straße abspielt. Auf ihre Beschwerde bei der zuständigen Polizeihauptmannschaft habe auch diese geantwortet, nichts dagegen unternehmen zu können, weil man es hier mit Markthallentreiben zu tun habe. Daß auch die Polizei sich für ohnmächtig hält, finden wir allerdings verwunderlich; das ist doch sonst nicht ihre Gewohnheit. Solche Zustände begünstigen das Treiben der die Waren auffaufenden „Kapper“, über die vom realen Kleinhandel so sehr geklagt wird.

Einheitliche Fischversorgung Groß-Berlins.

Die bisher an den Widerständen der Außenkreise geklärten Vereinbarungen der Fischversorgung für Groß-Berlin steht unmittelbar bevor. Wie wir hören, ist die Gründung einer Gesellschaft geplant, an der sich sämtliche Groß-Berliner Kommunalverbände der Großhändler und die S. G. B. beteiligen werden. Die Gesellschaft hat sich die Mitwirkung des sachverständigen Groß- und Kleinhandels in vollem Umfange gesichert und es wird erwartet, daß durch die neue Organisation der Absatz in Groß-Berlin bei den augenblicklichen guten Zufuhren erhöht werden wird.

Zichorienverteilung in Groß-Berlin.

Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats schreibt:

Bei der am 26. d. Mts. beginnenden zweimaligen Verteilung von Kaffeeersatzmitteln in Groß-Berlin wird, da zurzeit nur geringfügige Mengen an Getreidelieferung zur Verfügung stehen, in weitläufigerem Umfange als bisher Zichorie zur Verabreichung gelangen.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Auf Abschnitt 81 der Lebensmittelkarte entfallen 100 Gramm Fleisch, auf Abschnitt 82 100 Gramm Teigwaren und auf Abschnitt 83 100 Gramm Kartoffelwurzeln. Die Abschnitte sind von morgen bis Mittwoch in den durch besondere Verkaufsschilder gekennzeichneten Kleinhandelsgeschäften gegen Empfangsbekundung abzugeben. Die Ware wird dann nach Ablauf der Abfälle für die Verteilung freigegeben.

Infolge verspäteter Warenlieferung sind Fleischkarteninhaber, die in der laufenden Woche kein Fleisch erhalten können, berechtigt, auf die noch nicht eingelösten Abschnitte dieser Woche, Montag, den 25. Juni, noch Fleisch zu empfangen. Das Publikum wird dringend ersucht, an dem Tage das Fleisch vom Fleischer zu entnehmen, an dem die Nummern des Kundenverzeichnis zum Kauf gelangen. Wer sich nicht nach dem Aufruf richtet, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn er kein Fleisch erhält.

Gegen die Mietsteigerungen in Groß-Berlin.

Der Mieterverein des Groß-Berliner Westens hat an das Oberkommando in den Marken eine Eingabe gerichtet, in der das Einsetzen dieser Beschränkungen die Mietsteigerungen gefördert wird und in der es u. a. heißt: „Janzet gehen die Hausbesitzer damit um, die steigenden Mietpreise zu lindern, um nach Ablauf derselben die Mieten zu erhöhen. Die Organisations der Hausbesitzer haben sich der Sache angenommen und betreiben sie planmäßig. Der durch den Krieg für den Hausbesitz geschaffenen Lage ist durch die Verordnung über Hypothekenschutz und durch die Gewährung von Zuschüssen durch die Gemeinden in weitgehendstem Maße Rechnung getragen. Die Mietsteigerungen müssen daher als übermäßig bezeichnet werden. Die Mietsteigerung ist aber auch unbillig in der Art und Weise ihrer Durchführung. Denn einmal trifft sie alle Wohnungen gleichmäßig, einerlei ob sie mit Sammelheizung und Warmwasserheizung versehen sind oder nicht. Die Häuser, in denen diese Einrichtungen fehlen, sind aber in Groß-Berlin in der Mehrzahl. Die geplanten Mietsteigerungen müssen aber auch aus sozialen Gründen bekämpft werden. Denn mit kurzfristigen Verträgen sind zumeist nur mittlere und kleinere Wohnungen vermietet. Es kommen also in der Hauptsache die wirtschaftlich schwächeren Mieter für die Erhöhung in Frage, die eine Mietsteigerung bei den gegenwärtigen Verhältnissen besonders empfindlich treffen würde. Wenn die Hausbesitzer sich darauf berufen, daß ihnen im kommenden Winter eine Verteuerung des Heizmaterials und des Transports droht, so ist demgegenüber darauf hinzuweisen, daß die Hausbesitzer in verflochtenen Winter sehr erhebliche Ersparnisse dadurch erzielt haben, daß sie sie selbst zugeben, damals Feuerungsmaterial und Transportmittel nicht zu erhalten waren. In der Eingabe wird dann das Ersuchen an das Oberkommando ausgesprochen, für den ihm unterstellten Bereich, mindestens aber für Groß-Berlin, ein Verbot in der Form wie es in Dantsch erlassen worden ist, auszusprechen, und dadurch die Gefahr einer einheitlichen Mietsteigerung abzuwenden. Gleichzeitig wird rückwirkende Kraft dieses Verbotes gefordert mit der Begründung, daß zahlreiche Mieter bereits unter dem Druck der Verhältnisse in eine Mieterhöhung haben einwilligen müssen.“

Wassernot.

Aus den südlichen und westlichen Vororten häufen sich die Klagen über ungenießbares Wasser, oder ungenügende Zuhabe. Von Einwohnern der südlichen Vororte wird bemängelt, daß das Wasser ein stark gelbes, teilweise sogar braunes Aussehen habe und deshalb zu Trinkzwecken nicht benutzt werden kann. Aus den westlichen Vororten wird geklagt, daß die oberen Stadwerke der Häuser nur wenig Wasser bekämen.

Mitteilung darüber, auf welche Ursachen diese Uebelstände zurückzuführen sind, hat die Direktion der Charlottenburger Wasserwerke der Öffentlichkeit noch nicht gegeben. Sie scheint es mit der Aufklärung nicht so eilig zu haben. Da diese Uebelstände aber nicht zum erstenmal, sondern wiederholt in letzter Zeit vorgekommen sind, so dürfte es Aufgabe der Gesundheitspolizei sein, Schleimig für Abhilfe zu sorgen.

Die neuen Tarife der städtischen Elektrizitätswerke.

Unter dem Vorhinein des Stadtverordnetenvorsetzers Herrmann trat am Sonntagabend im Rathaus der Stadtverordnetenanschuß zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die Änderungen der Tarife der städtischen Elektrizitätswerke Berlin zusammen. Nach einer eingehenden Beratung, an der sich Stadtrat Hamburger und der Direktor Dr. Passavant beteiligten, wurde die Magistratsvorlage mit folgendem sozialdemokratischen Antrag angenommen: „Der Absatz 2 der vorgeschlagenen Beschlußfassung ist wie folgt zu ändern: „2. Bei allen Rechnungsbeträgen in Berlin und den Vororten wird auf Grund der allgemeinen Preisveränderungen bis auf weiteres ein Feuerungszuschlag von 25 Proz. erhoben. Ausgenommen hiervon werden die auf Grund des Pauschalvertrages auszustellenden Rechnungen, die unverändert bleiben. Die Rechnungen für den Einheitspreis für Wohnungen und Werkstätten werden demnach geändert, daß die Bodenflächengebühr von 3 Pf. auf 2 1/2 Pf. herabgesetzt und dafür auf den Preis für Kilowattstunden mit 16 Pf. ein Feuerungszuschlag von 25 Proz. erhoben wird.“ Dieser Beschluß dürfte auch die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats

finden. Danach ist an der Einführung des neuen Tarifs am 1. Oktober d. J. nicht mehr zu zweifeln. Im Reichsbild von Berlin soll dann die gleiche Zählermiere wie in den schon von den S. G. B. versorgten Vororten bisher erhoben worden ist, eingeführt werden. Dafür kommt dann (entsprechend einer von uns wiederholt aufgestellten Forderung, Neb. d. „Vort.“) in Begleit die Verpflichtung der Abnehmer zur Gewährleistung eines Mindestverbrauchs beim „Normaltarif“ und beim Tarif für Betriebskraft und gewerbliche Zwecke, ferner die Gebühr für die Ausstellung von Elektrizitätszählern und endlich die sogenannte Fahrplandruckgebühren. Zum Berichterstatter wurde der Justizrat Sommerfeld gewählt, der schon am nächsten Donnerstag der Stadtverordnetenversammlung berichten wird. Direktor Dr. Passavant gab namens der Direktion der S. G. B. eine Erklärung ab, die im Protokoll aufgenommen wurde.

Adam Wittorf †. Am Donnerstag verstarb nach längerem Leiden der Genosse Adam Wittorf. Lange Zeit in der Partei tätig, war er namentlich den Genossen des sechsten Kreises bekannt, die ihn mehrere Jahre zu ihrem Vertrauensmann und dann in den Kreisvorstand wählten. Nach der Gründung der Verbandsorganisation in die Berliner Preßkommission gewählt, war er in letzter Zeit deren Vorsitzender. Vor drei Jahren wurde Adam Wittorf leider von einem Schlaganfall betroffen, der sich später wiederholte. Er zog sich gezwungenermaßen etwas von dem politischen Leben zurück und suchte in seiner Heimat Brunnhartsdorf bei Zella Erholung von seinem Leiden. Schon hoffte er auf Genesung, da raffte ihn der Tod plötzlich hinweg. In Adam Wittorf verliert die Partei einen treuen, hingebungsvollen Kämpfer, der nie ermüdete, wenn es galt für die Partei einzutreten.

Zur Personenaufnahme für die Verteilung der Lebensmittelkarten wird uns mitgeteilt, daß manche Hausbesitzer die Listen selber ausfüllen und sie den Haushaltungsvorständen oder deren Frauen nur zur Unterschrift vorlegen. Dieses Verfahren widerspricht der behördlichen Anordnung und gibt die Möglichkeit, daß skrupellose Hauswirte nachträglich mehr Personen in die Listen eintragen, als tatsächlich vorhanden sind, um sich überhöfliche Lebensmittelkarten für den eigenen Gebrauch zu verschaffen. Wir empfehlen daher dringend, solche schon vorher ausgefüllte Listen zurückzugeben.

„Brotzusatzkarten.“ Wir machen unsere Leser auf das Inerat des Ausschusses der Gewerkschaftskommission in dieser Nummer des „Vorwärts“ aufmerksam, durch das die Arbeiter und Arbeiterinnen Groß-Berlins aufgefordert werden, sich darum zu kümmern, ob ihre Betriebe zum Zwecke der neuen Brotzusatzkartenverteilung bei den Ortsbehörden gemeldet sind.

Bücher sind Waffen, sie stärken den Mut und Mut ist Sieg!

Spendet Geld am Opfertage für die Kriegsbücherei.

Sportpark Treptow. Das große Danerrennen „Memento 1914“ gelangt an den beiden nächsten Sonntagen, 24. Juni und 1. Juli, zur Entscheidung. Eingeladene sind für das Reiten der deutsche Meister Janke, ferner Schipke, Bauer, Pawle, Lewanow, Kruplat, Freyrembel und Anshof.

Schweres Explosionsunglück in Lichtenberg.

Ein Explosionsunglück, bei dem fünf Arbeiter schwer, zwei Personen leichter verletzt wurden, hat sich in der Nacht zum Sonntagabend in dem Betriebe der Elektroschmelze in der Herzbergstraße 35 in Lichtenberg, zugezogen. Während der Betrieb in vollem Gange war, ereignete sich plötzlich kurz vor 2 Uhr nachts in dem zu ebener Erde gelegenen Schmelzraum eine furchtbare Explosion, deren Knall weithin hörbar war. Das Fabrikgebäude wurde zum großen Teil zertrümmert und in den benachbarten Häusern plähten die Fensterscheiben. Die in dem Raum, in dem sich die Explosion ereignete hatte, weilenden Personen, sechs Arbeiter und der leitende Ingenieur, wurden zum Teil unter den Ruinen der Maschinen verdrückt. Der Lichtberger Feuerwehr gelang es, unterläßt von den Arbeitern der Fabrik, sämtliche Verunglückte herauszuholen. Fünf von ihnen hatten so schwere Verbrennungen und andere andere Verletzungen davongetragen, daß sie nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht werden mußten. Es sind dies die Arbeiter: Georg Kühn, Stefan Schreinaß, Franz Bujakki, Ferdinand Michaelis und Jakob Peaja. Der leitende Ingenieur, der ebenfalls erhebliche Brandwunden davongetragen hatte, und ein weiterer Arbeiter, der nur leichte Verwundungen erlitt, konnten nach Anlegung von Verbänden nach ihren Wohnungen gebracht werden. Der infolge der Explosion ausgebrochene Brand wurde rasch gelöscht.

Die Ursache der Explosion ist noch nicht festgestellt. Es wird vermutet, daß eine Ueberladung des elektrischen Stromes stattgefunden hat. Der angerichtete Schaden ist sehr erheblich. — Das Befinden der im Krankenhaus Friedrichshain untergebrachten Verunglückten läßt erhoffen, daß sie mit dem Leben davontommen werden.

Für 53 000 Mark Seidenstoffe veruntreut haben zwei junge Burken namens Will Weich und Artur Krüger, die Freitag mit ihrem Fehler festgenommen wurden. Die Weiden waren in einer hiesigen Expedition beschäftigt und hielten eine große Seidenstoffsendung von einem Güterbahnhof ab; vier Kisten mußten sie für den nächsten Tag zurücklassen. Am anderen Morgen fuhren sie wieder nach dem Bahnhof, sagten dort, daß sie im Auftrag der Expedition kämen, luden die Stoffe auf, brachten sie nach einem Wagenplatz in der Köpenicker Straße und sandten darauf einen Abnehmer in einem Schneidemesser Linn. Dieser hatte bereits einen Teil wieder an einen zweiten Abnehmer und nach der Provinz verschoben, als die Kriminalpolizei ihn und die beiden Burken verhaftete.

Deigemeister Lebensmittelkartenschwindel. Eine ganze Familie erbidete die Hausvaterin Meta Jäger aus der Schöneberger Straße 23 zu Reutlingen. Sie fälschte fünf polizeiliche Anmeldekarte auf die Namen von ebenso vielen Angehörigen einer „Familie Gerlach“ und erhielt daraufhin für die fünf Personen Lebensmittelkarten. Ein Schuhmann, der die zugezogene „Familie“ persönlich aufsuchen wollte, konnte sie im ganzen Hause nicht finden, und so kam der Schwindel an den Tag. Frau Jäger wurde verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Durch ihre Eitelkeit verurteilt hat sich eine Eindreherin in Reutlingen. Einer Frau Agnes Weder in der Jägerstr. 40 dort war bei einem Einbruch Geld gestohlen worden. Bei der Befragung des Tatorles fanden die Kriminalbeamten in dem Kammere der Verurteilten fremde Haare von auffälliger Färbung. Diese Spur führte zur Ermittlung der Eindreherin, einer 19 Jahre alten, der Frau Weder bekannten Arbeiterin Herta Borgwardt aus der Jägerstr. 46. Sie war mit einem Schlüssel eingedrungen und hatte es sich nicht versagen können, sich vor dem Spiegel rasch noch die Haare zu machen, bevor sie die Wohnung wieder verließ. Sie wurde verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Der kleine Meyer ist wieder da! Einen guten Ausgang hat die Kindesentführung aus dem Schöneberger Sportpark gefunden, über die wir gestern berichteten. Die Täterin aber ist noch unbekannt und ihr Verweggrund noch ebenso rätselhaft wie früher. Während die Eltern, der Kaufmann — nicht Gastwirt — Meyer und seine Frau ebenso wie die Polizei vergeblich nach dem Anaben suchten, brachte ihn Freitagabend gegen 8 Uhr ein neun Jahre alter Junge aus der Nachbarschaft, der die Familie kennt, unerwartet nach Hause. Der Kleine war munter und lustig wie immer, und sich gewaschen, sogar die Stiefelchen waren blank gepußt. Wo er gewesen ist, weiß

man noch nicht, eine Spur jedoch zeigt nach Lichtertrabe. Der Wiederbringer berichtete, daß eine junge Dame ihn in der Nähe der Wohnung in der Velziger Straße angeprochen und ihn gebeten habe, den Kleinen zu seinen Eltern zu bringen.

Eine Familientragödie wird aus der Pulverer Straße gemeldet. In dem Hause Nr. 53 wohnt die 82 Jahre alte Arbeiterfrau Marie A., deren Mann im Felde steht, mit ihren vier Kindern im Alter von drei bis elf Jahren. Seitern nachmittags nahmen die Hausgenossen einen Gasgeruch wahr, der immer stärker wurde. Sie stellten fest, daß er aus der Küche kam, öffneten diese und fanden Frau und alle vier Kinder in den mit Gas gefüllten Räumen bewußtlos auf. Die Mutter lag auf dem Sofa, die Kinder in den Betten. Wiederbelebungsvoruche, die sofort angestellt wurden, hatten bei allen fünf Personen Erfolg. Die Mutter und die älteste Tochter Gertrud waren jedoch so schwer mitgenommen, daß sie nach dem Vichow-Krankenhaus gebracht werden mußten. Ihrer drei anderen Kinder, die weniger gelitten hatten, nahm sich eine Schwägerin der Mutter an. In einem Briefe, der in der Stube lag, gab Frau A. an, daß sie aus Furcht vor ihr in aus dem Felde zurückkehrenden Mann mit den Kindern habe aus dem Leben scheiden wollen. Wie sie behauptet, verbrauchte ihr Mann früher seinen ganzen Verdienst für sich, ohne ihr für die Wirtschaft das Notwendigste abzugeben. Sie mußte vielmehr selbst ihren eigenen Arbeitsverdienst noch hingeben, um Schulden des Mannes zu bezahlen.

Charlottenburg. Lebensmittelnachrichten. In der kommenden Woche gelangen zur Ausgabe: 500 Gramm Fleisch, 2 Pfund Kartoffeln und 300 Gramm Gebäck. Auf die Abschnitte der roten Rationsmittelkarte werden abgegeben: 100 Gramm Fischmarinaden, zubereitete Heringe oder Sardinen in Essig oder 1 Dose Sardinen in Öl, auf Abschnitt 93, ferner 2 1/2 Pfund Einmachezucker oder 3 1/2 Pfund Konfektion bezw. Süßfruchtmarmelade auf Abschnitt 95 vom 27. Juni ab nach vorheriger Anmeldung, sodann auf Abschnitt 102 bis zum 30. Juni 125 Gramm Graupen oder Gerstengröße, endlich 1 Pfund Süßfruchtmarmelade oder Konfektion auf Abschnitt 103 vom 28. Juni bis 7. Juli. Auf Abschnitt 11 der Rationsmittelkarte für Jugendliche gibt es 125 Gramm Hafenermittel.

Die Brotkommissionen werden zur Erledigung dringender Arbeiten an den Vormittagen des 27., 28. und 29. Juni geschlossen bleiben. Nachmittags zwischen 4 und 8 Uhr sind die Kommissionen, wie stets, geöffnet.

Reutlingen. Lebensmittelversorgung. In der kommenden Woche werden abgegeben:

Brot, Wehl, Fleisch und Zucker wie bisher. 2 Stück Eier auf Abschnitt 28 der Eierkarte. Kartoffeln dürfen zunächst nur in einer Menge von je 2 Pfund auf jede Kartoffelkarte und Kartoffelzusatzkarte abgegeben werden. Wenn weitere Kartoffeln zur Verteilung gelangen können, wird dies besonders bekannt gemacht werden. Ertrag wird in Gebäck gewährt und zwar entfallen auf jeden Kartoffelabschnitt 50 Gramm.

Bis einschließlich Freitag, den 29. Juni, keine Kartoffeln erhalten hat, kann auf jeden Abschnitt am Sonnabend und Sonntag je 50 Gramm Gebäck entnehmen. Auf die übrigen Abschnitte der Kartoffelkarte können als Ertrag ebenfalls je 50 Gramm Gebäck entnommen werden. Zur Abgabe von Gebäck auf die Kartoffelartenabschnitte sind nur diejenigen Wiedereinnehmer berechtigt, die ihr Wehl vom Magistrat Reutlingen zugewiesen erhalten. Wehl gelangt auf die Kartoffelkarte nicht zur Verabreichung. Auf die schraffierten Abschnitte der Kartoffelkarte sind Kartoffeln, ohne daß eine besondere Bekanntmachung hierzu ergangen ist, seitens der Kleinbändler nicht abzugeben. Sauerkehl wird weiterhin, soweit Vorrat vorhanden, bei den Händlern und in den städtischen Verkaufsstellen ohne Beschränkung verkauft. Kriegsmehl wird bei den Kleinbädlern und in den städtischen Verkaufsstellen freihändig abgegeben. Fisch- und Mäckerwaren sind ohne Beschränkung in den einschlägigen Geschäften zu haben.

Salzmatraken werden auch in ganzen Tonnen (etwa 300 Stück enthaltend) an hiesige Einwohner (namentlich Fabrikbetriebe) abgegeben. Preis nach Größen 60—80 Pf. je Matraze. Meldungen im Rathaus, Eingang Donaustraße, 1 Tr., Zimmer 129. Der Kleinverkauf von Matraken findet weiter in den städtischen Verkaufsstellen und in den beiden Fischhallen statt.

Die Kriegswartungsämter 5 in der Bergstraße ist wegen ihrer unzureichenden Räumlichkeiten vorläufig geschlossen. Sie ist als Reservelokal bei unerwartet großem Andrang in den übrigen Räumen oder für die Abendpeilung in Aussicht genommen.

Eine neue Küche Nr. 9 wird am heutigen Tage in der Herzbergstr. 23/24 eröffnet.

Bismarckdorf. Lebensmittelabgabe. In der Woche vom 25. Juni bis 1. Juli gelangen zur Abgabe: 500 Gramm Fleisch, zwei Pfund Kartoffeln, Eier in zurzeit noch nicht bestimmter Zahl. Auf die grüne Bezugskarte für Einzelpersonen werden bis 30. Juni gegen Abschnitt N 2 1/2 Pfund Zucker zum Preise von 80 Pf. abgegeben. Auf die neue (rote) Bezugskarte für Einzelpersonen sind erhältlich: gegen Abschnitt A 100 Gramm Weizengrieß, gegen Abschnitt B 40 Gramm verschiedenes Dörrgemüse, gegen Abschnitt C 200 Gramm Rohrrebenknäuel, gegen Abschnitt D 1 Pfund Kriegsmehl. Außerdem findet vom 25. bis 27. Juni eine Vorratmeldung auf Fruchtlast und Puddingpulver statt. Von Dienstag, den 26., ab gelangen auf die gelbe Haushaltungskarte, soweit die Händler beliefert sind, die auf Abschnitt 8 vorangemeldeten Milchpräparate (sterilisierte Vollmilch, kondensierte Vollmilch, Rühlpulver) auf Abschnitt 9 zur Ausgabe.

Lichterberg. Lebensmittelversorgung. Es gelangen nur 2 Pfund Kartoffeln, 200 Gramm Gebäck und 70 Gramm Wehl zur Ausgabe. Wegen Abtrennung von Marken können entnommen werden: auf Abschnitt 46 100 Gramm Weizengrieß, auf Abschnitt 47 E 100 Gramm Wafferteigwaren und auf Abschnitt 48 ein Salzhering. Soweit auf die Abschnitte 42 Pasterflocken oder Pastergröße, 43 K. G. I und II Konfektion, 44 E sterilisierte ausländische Milch, 45 E Walnöl noch nicht entnommen ist, darf die Entnahme noch stattfinden.

Ohne Marken werden abgegeben: Rübenfauerkraut, Salzschmeidebohnen, Kriegsmehl, Salzblumenkohl, Salzkraut und Salzpflanz, Pasterflocken, Sardinen und andere Fisch- und Mäckerwaren sowie frische Fleisch- und Seeische.

Potsdam. Wiederwahl des Oberbürgermeisters. Der zur Vorbereitung der Wahl des Oberbürgermeisters von P o t s d a m — dessen Amtsperiode demnächst abläuft — eingesehene Ausschuss erstattete in der letzten Stadtverordnetenversammlung Bericht. Er schlug vor, die Stelle nicht anzuschreiben, da der Posten mit der Perion des jetzigen Oberbürgermeisters ausgezeichneter besetzt sei. Die Versammlung stimmte dem zu.

Steglitz. Lebensmittelverteilung. Außer der üblichen Wochenration werden verteilt pro Kopf: ungefähr 125 Gramm Hafengröße, 125 Gramm Mäckerpulver und 8 Stück Eier. Gleichfalls ist Mittagsfleisch, Süßpudding und Rübenblutwurst in den feierzeit bekannt gegebenen Geschäften zu den festgesetzten Preisen ohne Markenabschnitt noch erhältlich.

Treptow. Lebensmittelverteilung. In der kommenden Woche gelangen zur Verteilung: 2 Pfund Kartoffeln, 500 Gramm Fleisch, 1 Pf. außerdem für werdende und stillende Mütter 2 Eier, 350 Gramm Süßfruchtmarmelade, 125 Gramm Hafengröße, 2 1/2 Pfund Einmachezucker oder 3 1/2 Pfund Honig oder 3 1/2 Pfund Marmelade; für Jugendliche auf Abschnitt 1, soweit Verteilung nicht durchgeführt ist, 1 Dose Sardinen, 1 Paket Puddingpulver, und auf Abschnitt 3 1 Kilogramm Dose Gemüsekonserven. Ferner ohne jede Einschränkung Flüssiche, Fischmarinaden, Mäckerwaren und Frühgemüse. Außerdem kommen eine größere Anzahl gefrorener Gänge zum freihändigen Verkauf.

Brot, Lebensmittelverteilung. In der Verkaufsstelle der Gemeinde gelangen zur Abgabe: auf Abschnitt 30 Graupen (1/2 Pfd. je Person), Abschnitt 31 Weizenmehl (je Person 1 Maß), Abschnitt 32 verschiedene Waren (Fischkonserven, Würstchen, Winddarmfleisch, Nudeln und rote Beete, Abschnitt 33 Sonderzuteilung, Abschnitt 34 Del (50 Gramm je Person).

Einführung einer ehrenamtlichen Fleischkontrolle. Dem Beispiele Neulohs folgend, erläßt der Bürgermeister nachstehende Aufforderung: Es gehen in letzter Zeit zum Teil berechtigte Klagen über den Fleischverkauf der hiesigen Fleischer ein. Diese Unbotmäßigkeiten der Fleischer beruhen darauf, daß sie das ihnen vom Kriegswirtschaftsamt überlassene gute Fleisch nicht immer ordnungsmäßig nach Fleischsorte abgeben, sondern auch Fleisch und Würstchen ohne Marken verkaufen und dann angeblich nicht mit dem überlassenen Fleisch austauschen und die Kunden auf die kommende Woche betreffen. Ferner richten sich die Fleischer nicht immer nach den vorgeschriebenen Höchstpreisen, und das laufende Publikum läßt sich häufigerweilen eine höhere Preisberechnung gefallen. Die Preislisten sind auch zum Teil an für die Käufer wenig sichtbarer Stelle ausgelegt.

Die Gemeinde beabsichtigt nunmehr, auch hier eine ständige Kontrolle bei dem Fleischverkauf einzurichten. Damen, die bereit sind, stundenweise den Verkauf der Fleischwaren bei den Fleischern zu überwachen, werden sich unzerzögertlich im hiesigen Einwohnermeldeamt zu melden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Groß-Berlin. Donnerstag, den 28. Juni, abends 8 Uhr, findet im Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 41, eine Versammlung statt, die sich mit den Verhandlungen der Stockholmer Vorkonferenz beschäftigen wird. Eintrittskarten sind bei allen bekannten Parteigenossen zu haben.

Bezirksorganisation Groß-Berlin.

Neußkln. Mitgliederversammlung Dienstag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Berliner Kind-Bezauberer, Hermannstr. 214/219. Bericht der Stadtverordnetenfraktion. Bei den überaus wichtigen Fragen, über die sich der Bericht erstreckt, sind die „Vorwärts“-Leser besonders eingeladen, auch Gäste sind willkommen.

Schöneberg. Dienstag, den 26. Juni, abends 9 Uhr, bei Hst. Martin-Luther-Str. 69: Mitgliederversammlung. Genosse R. Küter spricht über „Die Friedensfähigkeit der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Gewerkschaften in Stockholm“. Auch die „Vorwärts“-Leser sind eingeladen.

Friedrichshöhe. Mittwoch, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Dorn, Pringel-Allee 35, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Lebensmittelversorgung. Verschiedenes. Alle zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stehenden Genossen und Genossinnen sind eingeladen. Aufnahmen nehmen der Vorsitzende Genosse E. Dehler, Pringel-Allee 12, und der Kassierer Genosse E. Fuhrmann, Waldseefstraße 42, entgegen.

Soziales.

Unfallversicherung des Gastwirtsberwerbes.

Nach dem Recht des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 waren in Gast- und Schankwirtschaften nur die sogenannten Lagerungsarbeiter versicherungspflichtig. Zu diesen

Arbeiten wurde gerechnet das Verschaffen der für den Umsatz im Geschäft bestimmten Waren zum Schankisch, das Wegschaffen der leeren Gefäße usw. vom Schankisch zum Keller oder zu den sonstigen Vorratsräumen, das Anfüllen des Bieres, das Aufräumen und Reinigen des Schankraumes und der sonstigen Vorratsräume. Aber die Versicherung war auch an die weitere Voraussetzung gebunden, daß der Besitzer der Gastwirtschaft im Handelsregister eingetragen stand.

Nun ist das geltende Recht durch die Reichsversicherungsordnung geändert worden. Nicht mit Rücksicht auf die Verhältnisse im Gastwirtsberwerb, sondern der Unstimmigkeiten wegen, die sich in den sogenannten Lagerungsbetrieben herausgestellt hatten. War z. B. der Verkäufer eines im Handelsregister eingetragenen Geschäftes bei dem Vorzeigen der aus dem Handlager entnommenen Waren an die Kundenschaft verunglückt, war er unversichert, ereignete sich jedoch der Unfall beim Forttragen der auf dem Vadenisch liegen gebliebenen Waren in das Handlager, dann war es ein entschuldigungsspflichtiger Unfall, denn die verrichtete Tätigkeit galt als Lagerungstätigkeit. Unstimmigkeiten ähnlicher Art hatten sich noch mehrere ergeben. Um sie zu beseitigen, hat die Reichsversicherungsordnung den früher geltenden Begriff des „Lagerungsbetriebs“ durch den des „Betriebs“ zur Behandlung und Handhabung der Ware“ ersetzt. Der neue Begriff umfaßt nach der Begründung erstens die bereits früher versicherten, eigentlichen Lagerungsarbeiten. Er geht aber darüber hinaus und umfaßt demgemäß zweitens auch Verrichtungen, die dem technischen Teile des Betriebs angehören, sich von der Lagerungstätigkeit äußerlich meist nicht wesentlich unterscheiden, aber zu der unversicherten Verkaufstätigkeit in näherer Beziehung stehen, wie das Herbeiführen der Ware aus dem Hand- oder sonstigen Lager, das Vorlegen und Vorzeigen der Ware zum Zwecke des Verkaufs, das Kontieren mit der Ware während der Verkaufshandlungen, das Abmessen, Abwiegen, Verpacken oder Verpacken der Ware zum Zwecke des Verpackens, die Uebergabe der Ware an den Käufer und die Zurücklegung der unverkauften oder nicht passenden Ware in das Lager usw.

Ausdrücklich wird jedoch in der Begründung der Reichsversicherungsordnung gesagt, daß das Kleingewerbe (Höler, Trödler, Hausierer, Inhaber kleiner Gasthäuser, Schänken, Destillationen) für das kein Versicherungsbedürfnis vorliegt, aus der Versicherung ausgeschlossen werden solle.

Diese Begründung ergibt ganz klar, daß an sich also das Gastwirtsberwerb versicherungspflichtig sein sollte. Nur müßten die einzelnen Betriebe über den Umfang des Kleingewerbes hinausgehen. Die Abgrenzung des Kleingewerbes ist nun dahin erfolgt, daß als Kleinbetrieb derjenige gilt, in dem nicht an mindestens 300 Arbeitstagen im Jahr ein Arbeiter beschäftigt wird. Danach müßte also auch das Gastwirtsberwerb versichert sein, sofern nur mehr wie 300 Arbeitstage ein Beschäftigter mit versicherungspflichtigen Arbeiten beschäftigt wird. Das Reichsversicherungsamt hat bisher anders entschieden. Aus dem Umstande, daß bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung Anträge, die das Gastwirtsberwerb der Versicherung ausdrücklich unterstellen wollten, abgelehnt worden sind, schloß es, daß sich das geltende Recht nicht geändert habe. Als versicherungspflichtige Behandlung und Handhabung der Ware könne nicht die mit der Bewirtung der Gäste unmittelbar zusammenhängende Tätigkeit angesehen werden.

Nun ist ein anderer Senat des Reichsversicherungsamts hierüber hinausgegangen. Man könne nicht die Tätigkeit am Schankisch, insbesondere die eines Büfettiers, aus den als Behandlung und Handhabung der Ware anzusehenden Verrichtungen ausschließen. Die Tätigkeit eines Büfettiers unterscheidet sich von der technischen Tätigkeit eines Verkäufers, die man doch gerade unter die Versicherung bringen wollte, überhaupt nicht. Dies zeige sich in besonderer Maße bei solchen Gastwirtschaften, in denen zugleich ein Verkauf über die Straße stattfindet. In einem solchen Falle mache es für die Tätigkeit des Büfettiers keinen Unterschied, ob er die

Ware einem Käufer zur Weitergabe an einen Gast oder einem Käufer unmittelbar verabsolge. Sofern in Gastwirtschaftsbetrieben eine Trennung zwischen versicherter und unversicherter Tätigkeit überhaupt gerechtfertigt sei, sei die Grenze nicht hinter dem Schankisch, sondern vor diesem zu ziehen, so daß nur die Tätigkeit der Keller, die sich übrigens allein als „eigentliche Bedienungstätigkeit“ darstellt, ausseide.

Denn auch mit dieser Entscheidung die grundsätzliche Frage der Versicherungspflicht der eigentlichen Bedienungstätigkeit noch offen steht, so bedeutet doch diese Entscheidung eine wesentliche Erweiterung des bisherigen Rechtszustandes. Jetzt sind also grundsätzlich die Büfettiers und alle anderen Personen, die hinter dem Schankisch stehen und die für die Gäste bestimmten Waren verabsolgen, gegen Unfall versichert. Ihre Tätigkeit gilt als Behandlung und Handhabung der Ware. Allerdings immer nur dann, wenn es sich um einen Betrieb handelt, der über den Umfang des Kleingewerbes hinausgeht. Das ist der Fall, wenn in ihm die Tätigkeit der von dem Unternehmer beschäftigten Personen im ganzen jährlich mindestens 300 volle Arbeitstage (Tagesleistungen) ergibt.

Frauen-Leseabende.

Charlottenburg. Morgen Rosenkranz 4, vorn I, im Jugendheim: Vortrag der Genossin Schindl-Lahr.

Allgemeine Familienherbelle. Zahl- und Aufnahmeabende von 8-6 Uhr in den Restaurants Gerichstr. 12/13 und Sudower Str. 14.

Briefkasten der Redaktion.

M. A. 36. Es kann Ihnen in diesem Fall die Unterstützung entzogen werden. Sie müssen der Steuerklasse von den eingetragenen Veränderungen in Ihren Verhältnissen Mitteilung machen. — **P. 3. Ja** — **Agnes T. 9.** Sie hätten nur Anspruch auf die Vöhrung, wenn Sie in diesem Fall auch die Kriegsunterstützung beziehen. — **S. T. 78.** Sie müssen die Kündigung annehmen. — **Widem. Manthe.** Sie können durch Kündigung zur Räumung der Wohnung verpflichtet werden. — **G. G. 1.** Sie können Ihre Unterstützung weiter beziehen. 2. Die Versicherung ist zur Auszahlung erst dann verpflichtet, wenn Sie die letzten Lohnbestimmungen vorlegen können. — **M. P. 53.** Die Feuerungszulage rechnet mit zum Gehalt. — **P. S. C. 15.** Der Hinterlegungschein genügt doch für Sie. Ihnen die Kupons jetzt auszubehalten ist von wenig Nutzen für Sie, da Sie die Einlösung von dort aus nicht bewerkstelligen können. — **G. R. 41.** 1. Nein. 2. Sie müssen sich in diesem Fall damit zufrieden geben. 3. Eine Schabenschatzlage wäre für Sie ausichtslos. — **Fußball.** Englischen Ursprungs; ungefähr 1885-90. **M. 3. 50.** Sie können als Tochter auf Grund der Unterhaltspflicht dazu veranlaßt werden. Wenn der Bruder aber die Rutter unterhält, soll sie doch Antrag auf Kriegsgeldern, als Mutter, der Antrag ist beim Volksrenter einzureichen. — **M. G. 277.** Sie hätten nur bis Ende Mai Anspruch auf die Unterstützung. — **P. 15.** Nichtsteigerung und Kündigung ist in Ihrem Falle zum 1. Oktober zulässig. — **C. G. 30.** Zur Zahlung der Gemeindefinanzsteuer sind Sie schon verpflichtet, zur Zahlung der Staatsfinanzensteuer aber erst nach Ihrer Entlassung. — **G. T. 100.** 1. Ein solcher neuer Erlass ist nicht bekannt. 2. Das kann geschehen, wenn bei der Nachmusterung durch den Militärarzt diese Rammhalten als felddienlich erachtet werden. — **Seite 1.** Die Wirtshaft erben Sie in kinderloser Ehe im voraus, die Eltern und Geschwister des Mannes haben darauf keinen Anspruch, wohl aber an dem haren Nachlaß und an den Sachen ihres Vermögens. — **G. R. 97.** Die Korrespondenz mit den englischen Kriegsgefangenen vermittelt Holland. Die Sendung muß auf der Borse der dem Vermerk „Kriegsgefangenenentsendung“ tragen, an den Empfänger selbst gerichtet und offen abgehandelt sein. Einzelne Briefsendungen können durch den Briefkasten befördert werden, somit müssen sie bei den Postanstalten abgegeben werden. Die Briefe muß den genauen Vor- und Zunamen, Dienstgrad des Gefangenen und das Unterbringungs- oder Lazarett enthalten. Postpakete bis zu 5 Kilogramm sind zulässig. Geldsendungen würden sich durch Vermittlung der Bank empfehlen.

Spezial-Angebot unseres
Schmierwasmittels „Germania“
 vorzügliche Qualität, außerordentlich sparsam im Gebrauch. Lieferbar in Waggonladungen. — Probehülfe von 30-50 kg zum Konsumentenpreis. (Gegen Nachnahme pro Pfund 60 Pf. festgesetzt.)
 — Vertreter unter günstigen Bedingungen gesucht.
„Germania“ Fabrik kosmetischer und technischer Präparate.
 Berlin W 57, Bülowstr. 66. — Telefon Lützow 8249.

Neurasthenie, Rheumatismus, Zirkulationsstörungen durch Schlaganfall etc. behandelt gewissenhaft und gründlich durch **elektr. Massage, Hygien.-med. Laboratorium, Invalidenstr. 5 I (nahe Brandenstraße) Geschäftsz. 9-12, 3-7.**

Mehr Gemüse!
 Die Norddeutsche Gemüsebau-Gesellschaft e. G. m. b. H., Geschäftsstelle: Berlin W. 16, Pariser Str. 18a, welche mit der Reichshilfe für Gemüse und Obst fortlaufend günstige Lieferungsverträge abzuschließen gedenkt, beschäftigt zur Erweiterung ihrer Gemüseplantagen noch eine beschränkte Zahl von stillen Teilnehmern mit Beteiligungen von **hundert Mark** bis zweitausend Mark (auch in Stiegsanleihe) anzunehmen. Gemüse wird noch auf Jahre hinaus gute Marktpreise finden. Bornehrer Anbau ist durchaus notwendig, aber auch gut rentabel. Auch Frauen können teilnehmen. Weitere Auskunft durch obige Geschäftsstelle der Gesellschaft. 20900b

Orientalische Gesichtsmaille macht die Haut neu und samtweich, glättet jede Runzel. Nur allein echt bei **Fatma R. Bich,** Charlottenburg V, Weimarer Str. 28. Viele Dankschreiben.

Bücher und Zeitschriften jeder Art liefert die Buchhandl. Bornhörs. Bestellungen sowie die jede Billigpreis entgegen.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
 Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten **Zigaretten** zu **Originalpreisen.** Amt Hpl. 3014.

Nerven- u. Stoffwechselleiden, insbesondere Magen- und Darmleiden, Gicht und Rheumatismus, Zuckerkrankheit, Nervenschwäche, Aderverkalkung, Herzleiden, Hautkrankheiten, Schwächezustände, Lungenleiden, Nieren- u. Leberleiden. Verzügliche Erfolge selbst in veralteten Fällen, ohne jede Berufsstörung durch naturgemäße Heilweisen:
Sauerstoffkuren und künstl. Höhensonne.
 Harn-, Auswurf- u. Blutuntersuchungen. Sprechstunde 9-10 1/2, 3-4 1/2 Uhr. Sonntags 10-11 Uhr.
Sanitätsrat Dr. Weise's Ambulatorium, Berlin 117, Wilhelmstr. 94-96. Verlangen Sie Gratisprospekt.

C & A
 BRENNINKMEYER G M B H

Das ist das bekannte Geschäft für Damenkleidung
Chausseest. 113 Königstr. 33
 Beim Steffiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz

Meine Läger
 Teppichen, Möbelstoffen, Gardinen, Läuferstoffen, Tisch- und Diwanddecken etc. sind reich sortiert!
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin-Süd. Seit 1882
 nur **Oranienstr. 158.**
 Mein altbek. Haus hat keinerlei Beziehung zu ähnlich laut. Firma.

Ehefragen
 Aerztl. Belehr. üb. gesunde, glückliche Lebensgemeinschaft u. ihre Vorbedingungen v. **Dr. med. K. Hutten.** Mit Anhang: Knabe oder Mädchen? Für M. 1.50 Nachn. M. 1.70 v. Hausarzt-Verlag, Berlin-Steglitz 14.

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
 f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleid., nerv. Schwäche, Bekranke, Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sieher u. schmerzlos oh. Berufstor. i. **Dr. Homeyer & Co.** konz. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw. gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum Königstr. 34-36, Ecko Neue Friedr. Str. 10-11 u. 5-8, Sonnt. 10-11. Honorar mäßig, auch Teilzahl. — Separates Damenzimmer.

Reuters Werke
 3 Bände 5 Mark
 Buchhandlung Vorwärts

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen und verstorbenen Kollegen gewidmet.

Bauer, Max, Schlosser,
geb. 30. 1. 74 in Berlin.

Blisse, Fritz, Schlosser,
geb. 7. 12. 85 in Santholz.

Büchel, Fritz, Graveur,
geb. 14. 1. 95 in Wehlitz.

Bühle, Albert, Dreher,
geb. 28. 12. 87 in Berlin.

Domaszewski, Max, Schlosser,
geb. 12. 6. 84 in Rawitzsch.

Funke, Gustav, Drechsler,
geb. 19. 9. 85 in Alt-Geschoß.

Gera, Ernst, Schlosser,
geb. 8. 1. 93 in Golbap.

Grapp, Franz, Heizungsmonteur,
geb. 23. 4. 81 in Angerburg.

Grössel, Kurt, Arbeiter,
geb. 4. 6. 93 in Berlin.

Hinze, Oskar, Dreher,
geb. 19. 9. 87 in Magdeburg.

John, Otto, Helfer,
geb. 21. 1. 72 in Berlin.

Krüger, Fritz, Helfer,
geb. 26. 5. 92 in Neu-Weihensee.

Meyer, Willi, Arbeiter,
geb. 16. 6. 84 in Eulau.

Mucks, Friedrich, Kemptner,
geb. 10. 11. 86 in Berlin.

Richter, Paul, Zinkblecher,
geb. 6. 2. 88 in Berlin.

Schumann, Max, Arbeiter,
geb. 6. 8. 91 in Berlin.

Tschoosch, Karl, Gärtner,
geb. 7. 11. 88 in Wüßau.

Wildbrecht, Willi, Gärtner,
geb. 12. 12. 91 in Berlin.

Wolfram, Rudolf, Dreher,
geb. 25. 11. 90 in Berlin.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter

Reinhold Birke

Reinholdstr. 66, am 21. Juni gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in der Humboldtstraße aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Anschläger

Albert Kasper

Reußlin, Hohenstraße 28, am 20. Juni gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 25. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reußliner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Rudolf Wesser

Dunderstr. 24, am 22. Juni gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 25. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelfahrt-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Deutscher Banarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin. Bezirk Schöneberg.

Am 21. Juni starb unser Mitglied, der Maurer

Gottfried Richter.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Montag, nachmittags 3 Uhr, auf dem neuen Friedhof-Kirchhof in Schöneberg, Tempelhofer Weg, statt.

146/3 Der Vorstand.

Als Opfer des Weltkrieges

starb im 31. Lebensjahre am 19. Mai 1917 im Lazarett an einem Granatplitter mein lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager und Neffe, der Landsturm-Rekrut

Max Trinks.

Er folgte nach neun Monaten seinem Schwager, dem Landsturmmann Paul Sabath.

Im besten Alter

Max Trinks als Vater, Theresie Grenzer, Witwe, u. Frieda Sabath als Schwägerin, César Grenzer als Schwager, César Mariage, Onkel.

Ruhe in Frieden. 428

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Trauerfeier für meine liebe Frau

Luise Roussel

sage ich hierdurch allen Freunden, Kollegen und Bekannten, insbesondere dem Kollegen Böse für die liebevollen Worte am Sarge meinen herzlichsten Dank. Alphonse Roussel.

Westmann's Trauermagazin

Größte Auswahl. Billigste Preise. I. Mohrenstraße 37a (Kolonaden) II. Nr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.) Anwahlleistungen sofort. Amt Zentrum 7990. Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

Zigarren

in den Preislagen von 120.- M. bis 600.- M., sortiert, werden auch in jedem Quantum abgegeben. 1101*

Goldenes Haus

G. m. b. H., Friedrichstr. 89 und Artilleriestr. 16.

Sozialdemokratischer Verein für den Reichstagswahlkreis Niederbarnim (S. P. D.)

Sonnabend, den 30. Juni, abends 7 Uhr: Außerordentliche General-Versammlung im Vorwärtsgebäude, Lindenstr. 3, (2. Hof, Eing. III, 3 Tr.) Tagesordnung:

1. Situationsbericht.
2. Der Parteitag in Wetzlar.
3. Statutenberatung.
4. Verschiedenes.

Unter Hinweis auf den § 10 des Statuts wird mit dem Bemerken eingeladen, daß die Verhandlungen pünktlich um 7 Uhr beginnen. 246/13 Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin. Buchbinderbranche! Montag, den 25. Juni 1917, abends 6 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 15:

Mitglieder-Versammlung

- aller in Buchbindereien, Buchdruckereien und Geschäftsbücherfabriken beschäft. Buchbinder u. Buchbindereiarbeiterinnen.
- Tagesordnung:
1. Bericht über die neuen Verhandlungen mit den Arbeitgeberorganisationen wegen der Feuerungsanlagen.
 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
- Kollegen und Kolleginnen erscheint alle! 26/7 Die Branchenleitung der Buchbinder. J. K.: Paul Röger.

Beschlagnahmefreie Mengen gebrauchter

Sektorken | Weinkorken

25 Pf. das Stück 4 Pf.

Zelluloid-Film-Guttapercha-Hartgummi-Wachswalzen-Schallplatten.

Ordner G. m. b. H. Georgenkirchstr. 50, 5. Alexanderplatz. 9-12, 3-6 Uhr. 54/9*

Zähne mit u. ohne Gaumenplatte, Brücken, Plomben jeder Art, Goldkronen, moderne Goldtechnik, Umarbeitung schlechtes Gebisse, Reparatur, sog. Zahnziehen I. u. II. Betäubung, Kl. Preise, auch Teilzahl. Tel. Nord 10438. D. A. Löser, Personl. nur Rosenthalerstr. 69-70 v. 9-7 Uhr abends. Behandler. Sonntags 10-12.

Ärztlich geleitete, modern eingerichtete Heilanstalt für ambulante Behandlung. (Die wissenschaftl. anerkannte u. bewährte „Künstl. Höhensonnen“-Behandlung.) Modernes, erprobtes Heilverfahren: Naturheilverfahren, Elektro- u. Lichttherapie, Wasserheilverfahren, Pflanzen- und Kräuterbäder, Sauerstoff- u. homöopathische Behandlung, Pflanzenasturen, — Radonbäder, gute Heilerfolge bei sämtlichen Krankheiten, inneren und äußeren (besonders chronischen Leiden), z. B. Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Darm-, Leber-, Nieren- und Blasenleiden, Nervenschwächen, nervösen Kopfschmerzen, allgemeiner Nervosität, allgemeiner nervöser Abspannung; Nöchlard, Gicht, Rheumatismus; sämtlichen Ausschlägen, Pleuriden, Wunden, Verbrennungen, sowie Kinderlähmung; Stoffwechsel-Krankheiten, Juckkrankheit usw. — Wegen Raum-mangel seien nur einige Fälle mitgeteilt: Herr H. Helmig, Vorhagenstr. 5, Berlin, Ernststr. 25. Von Magenbeschwerden, Verstopfung u. Nervenschwäche in 6 Wochen geheilt. Sollte operiert werden. — Herr R. Wiltmann, Berlin, Blumenstr. 3. Von Geschwulst und Abszess an alter Operationsnarbe mit 15 Behandlungen geheilt. — Frä. W. Wilsch, Bin. Schöneberg, Sedanstr. 17 II bei Friedb. Von Geschwulst u. Nervenschwäche in 4 Wochen geheilt. Vorher dringend zur Operation geraten. — Herr H. Schlabs, Berlin, Capriolstr. 24. Von Geschwulst in 1 Monat vollständig geheilt. Vorher 6 Wochen mit Radium in einer Berliner Klinik ohne Erfolg behandelt. — Frau G. Voss, Stätenberg, Gärtnerstr. 10. Von chron. Frauenleiden, Herzschwäche und Verstopfung geheilt. — Sohn des Gärtners S. König, Pantow. In 6 Wochen von veralteter Beinlähmung geheilt. Vorher anderweitig jeder Erfolg abgeprochen. — Von Nervenschwäche in 10 Wochen geheilt. Erklärt sich selbst für ganz gesund. — Herr Wilsch, händler Eckert, Berlin, Greisenhäger Str. 28. Von gichtischen Schmerzen in Bein u. Fußgelenk geheilt. Sehr zuhelfe. Herr H. Brose, Berlin-Mariendorf, Streiter Str. 11. Von chronischer Rückenmarkentzündung und Lähmung geheilt. Vorher für unheilbar erklärt. — Herr R. Jölsner, Reimendorfer-Str. 117, von Augenleiden und Katarrh geheilt. — Frau J. Herold, Berlin, Namierstr. 21. Von Bronchialkatarrh geheilt. — Zwei Kinder des Kohlenhändlers Herrn Winte, Berlin, Streiter Straße 6. Vor 9 Jahren von Augenleiden geheilt, heute noch gesund. — Herr G. Köpke, Bin. Rummelsburg, Alt-Borsp. 8. Von doppelseitigem Augenleiden geheilt. — Herr C. Neumann, Lichtberg, Blumenstr. 13. Von Neurasthenie und nervöser Magenbeschwerden geheilt. — Frau G. Grasse, Berlin, Jungferstr. 26. Von Leberleiden geheilt. — Frau Neumann, Berlin, Schönhauser Allee 87. Von Gichtanfall geheilt. — Herr Erich Voss, Berlin, Stendaler Str. 17, IV. Von Nieren- u. Blasenleiden, Wassersucht, allgemeiner großer Schwäche geheilt. Vorher im Krankenhaus erfolglos behandelt. Best. Heilerfolg. Getrennte Behandlungsgründe für Damen und Herren! Sprech- u. Behandlungszeit 9-1, 4-7 1/2 Uhr. Sonnt. u. Feiertags 9-1 Uhr. Berlin SO 16, Brückenstr. 10b (am Bahnhofs-Annahmehalle)

Allgemeine Orts-Krankenkasse Spandau. Am Montag, den 2. Juli 1917, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Grunow, Spandau, Marktstraße 2, eine außerordentliche Aufsichtssitzung statt. Tagesordnung: 1. Wahl eines Aufsichtsvorstandes. 2. Sachungsänderung, betreffend § 19 Abs. 1 und 2, § 43 Abs. 1, § 53 Abs. 1, und § 56. 3. Kleine Anträge. Anträge, die eine Einrichtungsmaßnahme in die Bücher oder Akten notwendig machen, müssen wenigstens 3 Tage vor der Sitzung dem Vorstand schriftlich eingereicht werden. Die Herren Aufsichtsmitglieder erhalten noch eine besondere Einladung. Der Vorstand. 278/1 G. Richter, Vorsitzender.

MÖBEL in erstklassiger Ausführung zu allerbilligsten Preisen liefert unmittelbar ab Fabrikgebäude an Private Möbel-Groß-Lager Berl. Tischler- u. Tapezierermstr. Albert Gleiser S. u. M., BERLIN C. 33, Alexanderstr. 42 Alexanderplatz Umfangreichstes Lager von über 500 Einrichtungen. Besichtigung lohnend und erwünscht. Reichhaltigste Auswahl bis zum Ausverkauften. Preisverzeichnis mit Abbildung umsonst. Bahnfreie Lieferung durch ganz Deutschland.

Radfahrer! Sie können ohne Erlaubnisschein Ihr Fahrrad benutzen mit „Spirala“ (Spiralfeder-Fahrrad-Bereifung) statt M. 7.75 nur M. 6.50 per Stück. Händler erhalten Rabatt. Standard-Bereifung nur 11 M. per Stück. Versand gegen Nachnahme. Verpackung 50 Pfennig. Berlin C. Ernst Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Gartenland zur Anlage von Gemüse- u. Obstgärten. Billigste Kaufgelegenheit schönster Gartengrundstücke in 1481. Kaulsdorf am Bahnhof beginnend Rate 12 M. an Kaulsdorf-Süd Station Sadows Rate 15 M. an Petershagen Bahnhof Fredersdorf Rate 10 M. an Biesdorf Station der Stadtbahn Rate 25 M. an. Ausk. an den obigen Bahnhöfen u. d. Eigenheim-Gesellsch., Berlin NO 43, Neue Königstr. 16.

Münz kauft Ball, Münzenhdg., Berlin Wilhelmstr. 46/47. 12 2*

Gemüseland in der Gartenstadt Falkenhagen-West Gartenboden 1481 zum Kartoffelbau und Obstanlagen, auch Waldgrundstücke, direkt am Bahnhof Seegörsch beginnend, 30 Minuten ab Charlottenburg und Jungfernheide, die meisten Straßen gepflastert, mit Gas und Wasserleitung. Qu.-Rate v. M. 15.- aufwärts Günstigste Zahlungsbedingungen Auskunft: a. Bahnhof Seegörsch und bei Eigenheim-Gesellschaft, Berlin NO., Neue Königstr. 16

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß folgende Kollegen auf dem Schlachtfelde gefallen sind:

- Max Büge, 24. Revierinspektion.
- Otto Born, Gadowstr. 61, Gadowstr. Straße.
- Franz Pollow, Englische Gadowstr.
- Paul Kaatz, Gadowstr. 61, Gadowstr. Straße.
- Otto Junck, Reußlin.
- Max Kleiner, Straßenreinigung.
- Johann Sutter, Gadowstr. 61, Gadowstr. Straße.
- Paul Wilke, Gadowstr. 61, Gadowstr. Straße.
- Otto Bergemann, Reußlin.
- Gustav Weiland, Gadowstr. 61, Gadowstr. Straße.

Die Ortsverwaltung.

Unsere Hoffnung, alle von uns verschiedenen Kollegen nach Beendigung des toben den Vorkriegens wieder um uns versammelt zu sehen, ist zerstört worden. Ein tragisches Geschick hat dem sonst so frohen Lebensmut unseres lieben Freundes und Kollegen, des Kanoniers Alexander Fickert im 42. Lebensjahre im Felde ein Ziel gesetzt. Alzeit ein treuer und braver Kollege, werden wir in stiller Trauer den uns betroffenen schmerzlichen Verlust zu ertragen suchen und unserem Freunde ein bleibendes Andenken bewahren. 278/2 Die Kolleginnen und Kollegen der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe.

Ein tödlicher Unfall im Felde entriß mir am 15. Juni 1917 meinen über alles geliebten Mann, den gütlich besorgten Vater meines einzigen Jungen, den Sanitäter Karl Boehm Kameradschaft in einem Artillerie-Bataillon im 22. Jahre seines so hoffnungsvollen Lebens. Im besten Alter Gertrud Boehm geb. Friedrich. Berlin-Rantow, den 22. Juni 1917. Wöhlstraße 17. 27196

Parteinachrichten.

Die Sozialdemokratie auf dem Marsch.

In den letzten Tagen sprach Genosse Schöpflin in den ober-schlesischen Industriestädten Beuthen, Königshütte, Rattowitz, Gleiwitz und Hindenburg über die Friedensfrage und die politische Neuordnung in Deutschland. Zum ersten Male war es gelungen, große Säle für sozialdemokratische Versammlungen zu erhalten. Der Andrang zu allen Versammlungen war so stark, daß jedesmal schon vor dem festgesetzten Beginn die Versammlungen abgeperrt werden mußten. Politische Versammlungen und Kundgebungen dieser Größe sind in Oberschlesien wohl noch niemals zu verzeichnen gewesen. Obwohl bisher Zentrum und Polen den überwiegenden Einfluß auf die Bevölkerung Oberschlesiens ausübt haben und die ober-schlesische Zentrums- und Sozialdemokratie sich in ihren Kriegszieleforderungen kaum von der alldeutschen Presse unterscheiden, fand Schöpflin in allen Versammlungen für rassistische Zustimmung, als er die sozialdemokratischen Friedensforderungen verteilte. Nicht minder lebhaft war die Zustimmung zu der Forderung nach einer gründlichen und wirklichen „Neuorientierung“, wie auch zu den Darlegungen über die sozialdemokratischen Bemühungen zur besseren Regelung der Ernährung. In Rattowitz versuchten die Alldeutschen und die „Oppositionellen“ die Versammlung für sich zu gewinnen, ihr Versuch scheiterte kläglich; Schöpflin und der Vorsitzende hatten schließlich große Mühe, die empörten Versammlungsbesucher zu beruhigen. Außer in der Rattowitzer Versammlung meldeten sich die stets zahlreich anwesenden Gegner nicht zum Wort, obwohl ihnen in allen Versammlungen Rede-freiheit zugesichert worden war. Die Versammlungen haben sich zu einem vollen Erfolge der Sozialdemokratie im ober-schlesischen Industriegebiet gestaltet. Sie sind auch ein recht bemerkenswerter Beweis für die Friedensstimmung der in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeiter.

Die Leistung der Unabhängigen.

Am heutigen Tage halten die „Unabhängigen“ Berlins ihren Verbandstag ab, zu welchem sie auch einen Bericht herausgegeben haben. Wer aber glaubt, über eine politische Tätigkeit des Verbandes etwas zu erfahren, irrt sich. Die Berliner Zeitung hat anscheinend über ihre Leistungen gar nichts zu berichten — ein Manko,

das sie durch Anempfehlungen ihrer Vorgänger zu verulken sucht. Interessant sind aber doch einige Aufzeichnungen. J. B. erfahren wir, daß der Verband nur noch 28 000 Mitglieder zählt. So weit hat ihn also die Laßt der „Unabhängigen“ schon jetzt heruntergebracht! Unter den Unkosten figuriert: Gehalt für Reher 2473,31 Mark, Gehälter für Verbandsbeamte 11 238,81 M., Drucksachen 14 372,65 M. und an Unterstützung der Familien inhaftierter Genossen 1920,88 M. Diese letzte Summe scheint gering. Von irgendeiner Tätigkeit zu berichten, sei, wie es heißt, „aus naheliegenden Gründen“ unmöglich.

Immer konsequent.

Der letzte Schweizer Parteitag hat in seiner Erklärung zur Militärfrage den Gedanken der Landesverteidigung aufs schärfste verteidigt und die „Entscheidung der Revolution“ zur Verhinderung des Krieges gefordert. Als aber ein Ostener Genosse beantragte, daß die Parteimitglieder zunächst die Munitionsarbeit verworfen sollten, die bekanntlich jetzt auch in der Schweiz die lohnendste Arbeit ist, weigerte sich der Parteitag, den Antrag überhaupt zu besprechen.

Gerichtszeitung.

Drohung mit dem Selbstmord ist kein Entlassungsgrund. Mit der interessantesten Rechtsfrage, ob ein Prinzipal sich eines Ange-stellten, der sich mit Selbstmordgedanken trägt, sofort entledigen kann, hatte sich die 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zu befassen. Die in einer Filzfabrik beschäftigt gewesene Buchhalterin Leonie D. zeigte eines Tages ein etwas gedrücktes Wesen. Von einer Kollegin nach dem Grunde ihrer Melancholie befragt, äußerte sie, sie habe zu Hause viel Verdruß gehabt; sie habe das Leben überhaupt satt und werde Selbstmord begehen. Das der Kollegin anvertraute Bekenntnis mußte diese im Hause weiter-schleppen, und so kam es auch zu Ohren des Direktors, der die geäußerten Selbstmordgedanken als Grund zur sofortigen Ent-laffung benutzte. Er könne sich, so führte er in der Verhandlung aus, derartigen Erzeugen in seinem Geschäftsbetriebe nicht aus-sehen, zumal die Klägerin nach der Beobachtung eines Angestellten früher einmal einen Revolver ins Geschäft mitgebracht haben soll. Die Buchhalterin hingegen wies darauf hin, daß sie sich mit ihren Eltern bald ausgesöhnt und sich die dummen Gedanken schnell aus dem Kopfe geschlagen hätte. — Das Kaufmannsgericht ver-

urteilte das besagte Unternehmen zur Zahlung des Gehalts bis Vertragsablauf. Es könne nicht gleich jedes dem Mitange-stellten im Privatgespräch anvertraute Wort auf die Goldwaage gelegt werden, besonders in psychischer Erregung sage man manches, was man später bei ruhiger Ueberlegung bereut. So liege der Fall hier auch. Die von der Beklagten befürchtete Gefahr für die Störung des Geschäftsbetriebes sei nur eine eingebildete. Jedenfalls sei durch die private Äußerung der Buchhalterin, sie trage sich mit Selbstmordgedanken, die Ordnung des Geschäfts noch nicht gestört worden.

Aus aller Welt.

Militärische Mäuserei in Rußland.

Die menschenwürdige „Kobotskaja Gaseta“ (Arbeiterzeitung) ver-öffentlicht folgenden Befehl des Generals Kornilow, des bis-herigen Kommandierenden des Petersburger Militärbezirks: „Befehl an den Petersburger Militärbezirk, Petersburg Nr. 170a. 17. April 1917.“

Morgen, am 18. April (1. Mai) finden aus Anlaß des Beltseiertages der Arbeit in den Truppenteilen des mit anvertrauten Militärbezirks keine Uebungen statt.

Die Truppenteile, nebst ihrem Musikorchester, nehmen an den Vollsauftagen teil, nachdem sie mit den betreffen-den Kommissionsmitgliedern Vereinbarungen getroffen.

Unterzeichnet „Hauptkommandierender der Truppen des Militär-bezirkes, Generalleutnant Kornilow.“

Ueberschwemmungsschäden in Italien. „Secolo“ meldet aus Rom: Im Senat führte der Landwirtschaftsminister Raineri aus, die Ueberschwemmungen in den Provinzen Pavia, Mantua, Mailand und Piacenza sowie in Mittel- und Südtalien seien sehr ernster Natur gewesen. Der Schaden an den Reis- und Kornkulturen sei sehr beträchtlich, vieles könne allerdings durch die rasch vorgenommene Neuanfaat wieder gutgemacht werden. Zahlreiche Kriegsgefangene seien zur Wiederinstandsetzung der Dämme und zu den landwirt-schaftlichen Arbeiten herangezogen worden.

Durch Blitzschlag getötet wurde bei einem in Heinersdorf (Kreis Landsberg) niedergegangenen Gewitter, das mit Hagelschlag verbunden war, 30 Kühe und anderes Vieh.

Vorwärts-Leser! Parteigenossen! Arbeiter und Arbeiterinnen Groß-Berlins!

Der „Vorwärts“ ist das einzige sozialdemokratische Parteiorgan in Groß-Berlin, das einzige Blatt, das eure poli-tischen, sozialen und wirtschaftlichen Anschauungen zum Ausdruck bringt. Der „Vorwärts“ ist die einzige Zeitung Groß-Berlins, die für die Interessen des Proletariats auf allen Gebieten, den materiellen wie den geistigen, wirkt und kämpft. Im gegenwärtigen Weltkrieg ist der „Vorwärts“ die einzige politische Tageszeitung Groß-Berlins, die stets und unbeirrt für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsschädigungen eingetreten ist, für einen Ver-ständigungsfrieden, der kein Volk vergewaltigt oder entehrt, für einen Frieden, der allen Völkern jederzeit annehmbar und erreichbar ist und der, trotz des Gezeters der bürgerlichen, kapitalistischen und imperialistischen Presse, die stille Sehnsucht aller Völker bildet. Der „Vorwärts“, der sich von jeder Art chauvinistischer Völkerverheerung fernhält, ist das einzige Organ, in dem die Solidarität des internationalen Proletariats einen kräftigen, mutigen und weithin vernehmbaren Ausdruck findet.

Im „Vorwärts“, dem Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, verkörpert sich heute noch mehr als jemals in früherer Zeit die Bedeutung und Macht der deutschen Arbeiterschaft. Nicht nur das gesamte Inland, sondern auch das Ausland, das verbündete, wie das neutrale und das feindliche, beachtet sorgfältig jede Meinungsäußerung des „Vorwärts“. Zahllose Zitate in der Presse der ganzen Welt beweisen dies, aber auch ebenso zahllose wütende Angriffe der reaktionären und chauvinistischen Zeitungen zeigen, daß der „Vorwärts“ von den Interessenten jener schädlichen Mächtschaften als ihr gefährlichster Gegner erkannt ist. Hat sich also der „Vorwärts“ in der politischen Welt einen Rang erworben, auf den er und seine Freunde stolz sein dürfen, so hat er sich als Blatt der Groß-Berliner Arbeiterschaft die volle Stellung, die ihm gebührt, erst zu erwerben. Zehntausende von Groß-Berliner Arbeitern halten farblose, politisch bedeutungslose Blätter und entziehen damit dem Blatt, das ihre Ideen und ihre Interessen vertritt, die verdiente Unterstützung.

Darum, „Vorwärts“-Leser, Parteigenossen, Arbeiter und Arbeiterinnen Groß-Berlins, ist es eure Ehrenpflicht, mit allen Kräften für die weiteste Verbreitung des „Vorwärts“ zu sorgen. Ihr dürft euch nicht eher zufrieden geben, als bis euer Organ, der „Vorwärts“, das meistgelesene Blatt Berlins ist! Wir erwarten in dieser schweren Zeit, wo eure Muhestunden noch spärlicher sind als in ruhigen Friedenszeiten, von euch nicht, daß ihr, wie ehemals, treppauf treppab laufend Abonnenten werbt. Es genügt vollauf, wenn jeder von euch

einen neuen Leser im Monat

dem „Vorwärts“ zuführt. Mit dieser kleinen Mühe werdet ihr eurer Sache, der Sache des Proletariats und der Sache des Weltfriedens Nutzen bringen. Denn wenn es jedem von euch gelingt, monatlich einen Abonnenten zu gewinnen, so wird der „Vorwärts“ in kurzer Zeit auch in Groß-Berlin die Bedeutung gewonnen haben, die ihm als dem Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und dem Organ der reichshauptstädtischen Arbeiterschaft zukommt und die ihm heute in der ganzen zivilisierten Welt beigemessen wird!

Wer dem „Vorwärts“ einen neuen Abonnenten gewonnen hat, der schreibe dessen Namen und Wohnung auf einen dieser Bestellscheine, schneide den Bestellschein aus und gebe ihn in unserer Hauptexpedition, Lindenstraße 3, oder in einer unserer Ausgabestellen ab.

Ich bestelle hiermit 1 Exemplar des „Vorwärts“ mit dem Unterhaltungsblatt und der illustrierten Sonntagsbeilage „Neue Welt“ zum Preise von Mk. 1,30 pro Monat oder im Wochenabonnement 30 Pfennig pro Woche frei ins Haus.

Name	Straße	Nr.	Vorderhaus, Seitenflügel, Quergebäude	Wohletreppen?

Falls keine eigene Wohnung, bei wem?

Es wird um genaue Angabe der Wohnung dringend gebeten!

Ich bestelle hiermit 1 Exemplar des „Vorwärts“ mit dem Unterhaltungsblatt und der illustrierten Sonntagsbeilage „Neue Welt“ zum Preise von Mk. 1,30 pro Monat oder im Wochenabonnement 30 Pfennig pro Woche frei ins Haus.

Name	Straße	Nr.	Vorderhaus, Seitenflügel, Quergebäude	Wohletreppen?

Falls keine eigene Wohnung, bei wem?

Es wird um genaue Angabe der Wohnung dringend gebeten!

89⁵⁰
Jackenkleid aus reinseid. Taft

49⁵⁰
Kleid aus Schleierstoff, Ilotte Machart, mit Stückerelverzierungen

69⁵⁰
Mantel aus imprägnierter reiner Seide

Bluse a. gemust. Schleierstoff . . . **11⁵⁰**
Bluse a. gestickt. Schleierstoff . . . **13⁷⁵**
Kleiderrock aus reinseidenem Taft **39⁵⁰**
Kleiderrock a. Schleierstoff, i. weiß, hellblau oder rosa **24⁵⁰**

Kleider aus Schleierstoff **13⁵⁰ 16⁵⁰ 19⁵⁰**
Blusen aus Schleierstoff, weiß, in verschiedenen Formen **5⁹⁰ 9⁵⁰ 11⁵⁰**

Jacke aus reinseidenem Taft, 80 cm lang **44⁵⁰**
Dieselbe 90 cm lang **49⁵⁰**
Kleiderrock aus gestreiftem Schleierstoff **29⁵⁰**

Berlin-S. Oranienstr. 165
R. Maassen
Berlin-W. Leipzigerstr. 42
G. m. b. H.

Deutschlands größte Spezialhäuser für Damenbekleidung

Bekanntmachung.
Griech, Teigwaren und Kartoffelwalzmehl.
Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelarten vom 18. Oktober 1916 wird für den Gemeindebezirk der Stadt Berlin bestimmt:
I. Auf Abschnitt Nr. 81 der Lebensmittelkarte entfallen **100 Gramm Griech.**
II. Auf Abschnitt Nr. 82 der Lebensmittelkarte entfallen **100 Gramm Teigwaren.**
III. Auf Abschnitt Nr. 83 der Lebensmittelkarte entfallen **100 Gramm Kartoffelwalzmehl.**
IV. Die Abschnitte Nr. 81, 82 und 83 sind in dem durch ein Aushängeschild
„Verkauf von Griech (Teigwaren) auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin“
gekennzeichneten Geschäften gegen Empfangsbekundigungen abzugeben, und zwar in der Zeit vom Montag, den 25., bis einschließlich Mittwoch, den 27. Juni 1917.
Nachträgliche Annahme findet nicht statt.
V. Die Kleinhandelsgeschäfte haben die von ihnen angenommenen Kartenabschnitte in der bisher vorgeschriebenen Weise an ihren Großhändler abzuliefern, und zwar am Donnerstag, den 28. Juni 1917.
VI. Die Ware wird nach Ablauf der üblichen Frist bei den Kleinhandelsgeschäften gegen Rückgabe der Empfangsbekundigungen zur Verfügung stehen.
VII. Es ist unzulässig, die Kartenabschnitte in Geschäften abzugeben, in denen nicht das vom Magistrat ausgegebene Aushängeschild (siehe zu IV) angebracht ist. Geschäften, die nicht im Besitze des Aushängeschildes sind, ist die Annahme der Kartenabschnitte untersagt.
Berlin, den 23. Juni 1917.
Magistrat der königlichen Haupt- und Residenzstadt.
A.-Nr. 67 Br. 5. Abteilung für Brotverforgung.

Für Schuhmacher
Gestanzte Flecke (gelbe), gemischt, in allen Größen 14H. 5.50 R.
Ovale Sohlenschoncr, gemischt, in drei Größen 4.50
Runde Schoncr in 8- und 10-Bl.-Größen 3.50
Bruno Sensfus, Leder-Abkleb-, Weihenfer-, Langhandstr.-Bl. Tel. Belg. 191

J. Baer,
Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Einsegnungs-Anzüge, Joppen, Gr. Stoffinger, eig. Maßanfertigung, Billigste, feste Preise.

Bringt Euern Goldschmuck den Goldankaufstellen!

Sektkorke bis 25 Pf.
1/2 Weinkorke bis 3/4 Pf., gebrauchte, kauft
Benecke
Invaliden-Strasse 137
(nahe Zettiner Bahnhof)
von 10 bis 5 Uhr
Amt Norden 8875.

Brotzuzufkarte.

Die städtische Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlins hat in Uebereinstimmung mit der Ernährungs-Kommission der Arbeiterschaft Berlins und Umgegend beschlossen, daß in der Zukunft in der Brotzuzufkarte insofern eine Aenderung erfolgt, als der Begriff Schwerst- und Schwerarbeiter in Wegfall kommt und dafür nur Handarbeiter und Handarbeiterinnen eine Zufufkarte erhalten.
Zu diesem Zweck sind von den Ortsbehörden Aufrufe an den Anschlagtaulen erlassen worden zum Zweck der Anmeldung der Zahl der Beschäftigten in den Betrieben durch die Unternehmer.
Dieser Aufforderung sind leider noch nicht alle Unternehmer nachgekommen, wir ersuchen deshalb die Arbeiter und Arbeiterinnen Groß-Berlins, sich darum zu kümmern, ob ihre Betriebe bei den Ortsbehörden gemeldet sind, da sie sonst ihre Berechtigung, eine Zufufkarte zu erhalten, verlieren.
Der Ausschuf der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.
geg. A. Körsten.

Sektorken bis 25 Pfennig, Weinkorken
3 1/2 Pfennig
sowie alle anderen Sorten gebrauchte und neue Korken kauft
W. Nelke,
Berlin, Krausenstr. 75
(neben Kompinski)
u. Steglitz, Bergstr. 2.
9-12. 3-7.

Heines Werke
3 Bände 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Redakteur gesucht!

Für die „Volksstimme“ Frankfurt a. M. wird zum 1. Oktober ein **politischer Redakteur** gesucht, erste Kraft. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen bis **spätestens 10. Juli** an den Vorsitzenden der Preßkommission O. Brennecke, Frankfurt a. M., Allerheiligenstraße 53, erbeten.

Geschäftsführer

eines größeren Parteiblattes sucht gleichartige Anstellung. Eintritt kann zum 1. Oktober oder früher erfolgen. Angebote unter L. 3 an die Hauptexpedition des „Vorwärts“, Lindenstr. 3, erbeten.

Spitzendreher,

gebüte, möglichst militärfrei, auch kriegsbeschädigte.
Stock Motorpflug,
Köpenicker Str. 48/49.

Wir stellen ein:

Automateneinrichter,

die selbständig Wuttig- und Offenbacher Automaten einrichten können.

Werkzeugdreher, Maschinenarbeiter,

der an Hobel-, Stoß- u. Shapingmaschinen arbeiten kann. Vorstellung Sonntagvormittag 10-12 Uhr.

J. Mehlich Aktienges.

C 54, Sophienstr. 21.

Junge Leute von 15 Jahren an können das Bohren und Polieren von Drahtziehsteinen erlernen. Ausreichende Vergütung während der Lehrzeit wird gewährt. Persönliche Vorstellung von 10-12 Uhr vormittags und 5-6 Uhr nachmittags.
Lohmann u. Heckmann
Neußölln, Elbstr. 28/29.

Maurer und Bauarbeiter für dauernde Beschäftigung verlangen sofort.
Rungewerke A.-G.,
Spandau-West, Lazarusstr. 19.

Drehermeister, Dreher und Vorarbeiter, Schlosser

möglichst militärfrei, Neutrale, auch Kriegsinvaliden, stellt ein für Heeresarbeit.
Franz Migge, Danzig.

Zum sofortigen Eintritt wird ein **erfahrener Meister** für die Zündergießerei nebst Abstecherei gesucht. Nur schriftliche Angebote mit Zeugnissen und unter Angabe des Gehaltes sind zu richten an
R. Stock & Co., A.-G., Abt. Metallwerk,
Berlin N 39, Chausseestraße 59.

Dreher, Fräser, Hobler

verlangt
Paul Beil, Alte Jakobstraße 66.

Registrier-Gehilfen

sucht
Engelhardt-Brauerei A.-G., Berlin-Pankow,
Kaiser-Friedrich-Str. 21/29.

Tüchtige Einrichter

für Automaten verlangen sofort

Ehrich & Graetz,
Berlin SO 36, Eisenstr. 90/94.

Schlosser, Klempner, Tischler, Bootsbauer, Werkzeugmacher, Maschinenarbeiter

stellt ein
„Albatros“, Gesellschaft f. Flugzeugunternehmungen m. b. H.
Abt. Wasserflugzeuge und Reparaturwerkstatt,
Friedrichshagen.

Junge Mädchen f. Dauerstellung

für leichte Arbeit sucht sofort
Kaim Nachf. Georg Lewin
Friedrichstr. 16, Portal 9 1 Tr.



Mehrere gelernte
**Präzisionsdreher
Hobler
6 Maschinenbauer
und 6 Maschinenschlosser**
für Werkzeuge und Werkzeugmaschinen stellen ein
Lindner & Co., Frankfurter Allee 307.

Erstklassiger

Zuschneider

für unsere

Herren-Maß-Konfektion

sofort gesucht.

Meldungen um 11 Uhr vormittags
oder zwischen 6-7 Uhr abends.

Kaufhaus des Westens G. m. b. H.
Berlin W. 50
Taurentzienstr. 21/25.

Maurer, Bauarbeiter u. Arbeiterinnen werden eingestellt
Neubau Waffenfabriken Wittmann,
Station Eichbornstraße.
Baubureau Bosau & Knauer, Eingang III.

Wichtige Kriegsarbeit.

Tüchtige Schmiedegesellen

für Beschlagsarbeiten an Geschützen gesucht.
König, Kücken & Co.,
N 20, Koloniestr. 89/90.

Werkzeugmacher

auf Schmitte und Stangen
Georg Przybilla, Rottbuser Damm 25/26.

Kassiererinnen Kassenkontrollen

sofort gesucht.
Meldungen: 1-2 Uhr mittags,
6-7 Uhr abends.

A. Jandorf & Co.
Große Frankfurter Straße 113.

Arbeiterinnen,

auch ungelernete, sucht
Auergesellschaft,
Naglerstraße 17/18.

Weibliches Hilfspersonal

für die Zigarettenindustrie wird eingestellt.
Zigarettenfabrik Garbáty
Pankow, Sadlichstraße.

100 Hilfsarbeiterinnen

verlangt A. LERCH, Mühlenstr. 70.

Maschinenmeister

wird sofort eingestellt.
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Abteilung Buchdruckerei, Berlin SO, Rungestr. 30.

Monteure, Schlosser u. Schmiede

sucht
für dringende Kriegslieferungen
Rud. A. Hartmann, Rudow i. M., Kanalstraße.

Maurer

werden sofort eingestellt Kriegsbau Erfahrbau 40 Artillerie-
werkstatt Spandau, Wiesenstraße.
Meldung bei Polier Hoffmann.

Akt.-Gesellschaft für Bauausführungen.

Wir suchen per sofort
gewissenhaften Stallmann
zur Pflege unserer Pferde. Meldungen bei
Zigarettenfabrik Garbáty,
Berlin-Pankow.

Bauarbeiter

auch Frauen werden sofort eingestellt Kriegsbau Erfahrbau 40, Artilleriewerkstatt Spandau, Wiesenstraße.
Meldung bei Polier Hoffmann.

Akt.-Gesellschaft für Bauausführungen.

Gelernte Metalldreher

verlangt
Munitionsfabrik F. Gaebert,
Berlin C 54, Sophienstr. 22/22a.

Gewissenhafte Packer

werden per sofort eingestellt. Meldungen bei
Zigarettenfabrik Garbáty,
Berlin-Pankow.

Nähmaschinenmonteur

verlangt A. Lerch, Mühlenstr. 70.

Sattler und Näher, Zweinadelnäherin, Holzkoffermacher

verlangt A. LERCH, Mühlenstr. 70.

Arbeiter und Arbeiterinnen

auch größere Arbeitsstunden auf
Zelbststücken und Kleider suchen
Gebrüder Ruben, Beuthstr. 1/3.

Werkmeister oder Betriebsleiter

für unsere Drahtziehsteinfabrikation per sofort gesucht. Nur
Herren, die mit allen einschlägigen
Arbeiten auf das Allerbeste vertraut
sind und einen Betrieb absolut selbst-
ständig leiten können, werden eingus-
teltet. Mit Gehaltsansprüchen einzu-
senden.

Lohmann u. Heckmann
Neußölln, Elbstr. 28/29.

Bohrer und Polierer, Bohrerinnen u. Poliererinnen

für Drahtziehsteine sucht per sofort
Lohmann & Heckmann,
Metallfabrikations-G. m. b. H.,
Neußölln, Elbstr. 28/29.

Maurer und Arbeiter

sofort gesucht
Schütz & Holdersfeld, Hennstr. 13.

Kohlenarbeiter

suchen
Gebr. Schack, Bahnhof Halensee

Packer

zum sofortigen Eintritt gesucht.
Bial & Freund,
49592 Wergandinerstr. 97.

Bauschlosser

für Blechläden sucht
Paul Heinze,
Eisenkonstruktionen, Berlin-
Nichtenberg, Reichenhölzerstr. 5.

Fahrpersonal

sucht Schmitz-Druckerei, Schüt-
telberg-Str. 11-17.

Maschinenstepperin,

gebüte, verlangt
Fr. Lemke, Militäreisenfabrik
Berlin N., Gerichstr. 23.

Frauen

für schwere Transport-, Hof- u.
Vorbearbeiten im Freien verlangt.
Meldung 1/2 u. 9 Uhr morgens.
Alex. Herman, G. m. b. H.,
Berlin, Pantstr. 29.

Jugendl. Arbeiterinnen

suchen dauernd ein
Lüscher & Bömpfer, Bülowstr. 56.

Plätterin

verlangt
Schöneberg, Sedanstr. 79.

Drahthefterinnen, Sandfalterinnen,

gebüte und ungelernete, sucht
H. Sperling,
Buchbinderei,
49522 SW, Friedrichstraße 16.

Näherinnen

zum Handrollieren von Halbhäuteln
verlangen
Perleberg & Co.,
Lützowstr. 106.

Blusen-Arbeiterinnen

auser dem Hause und im Hause
suchen sofort lohnende Beschäftigung.
Backisch-Kleider-Fabrik
Georg Haase,
Rene-Jacobstr. 6.

Exzenterarbeiterinnen,

gebüte, sucht
Minerva, Mückernstraße 68.

Arbeiterinnen

kräftige, zum Kohlenpressen,
Löterinnen
für Zinkhüllen, 53/11.

Löterinnen

für Batterien, sucht
Batterie-Zeiler
Fabrik
Rungestraße 20.